

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Monatenspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate  
pro vierstellige Zeile 30 Pf.,  
Stellengesuche 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Versammlungsanzeigen 20 Pf., Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 30.

Berlin, den 21. Juli 1906.

22. Jahrgang.

## Bekanntmachung

### des Verbandsvorstandes.

1. Nachstehende Mitgliedsbücher bzw. -Karten werden, weil den betreffenden Inhabern abhanden gekommen, für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an Unterzeichneten einzusenden.

Nr.	ausgestellt für
92	Martha Schent
230	Alfred Rirschner
554	Otto Dhnforge
2101	Paul Hoffmann
3603	Ernst Auer
4902	Karl Müller
5119	Erich Raafsen
5346	Fritz Matthies
5499	Emma Gilbert
5520	Martha Dumm
5567	Herm. Leichtentritt
6244	Elisabeth Senfkleben
6576	Minna Schwill
6684	Frida Weiland
7596	Frida Afermann
7631	Emma Widmann
7818	Friedr. Lepper
7916	Johannes Entelmann
8130	Josef Krautmeyer
8289	Käthe Rümmelein
9081	Minna Petric
9355	Martha Pannier
9969	Mina Ramyslo
10013	August Beufert
10405	Balthasar Reuter
10558	Karl Hefel
10938	Peter Gladbach
11321	Jakob Dieter
12528	Dora Ehlers
13100	Adolf Feyer
13114	Wilhelm Klein
14725	Klara Sauer
14753	Else Komakis
18749	Albert Heim
19046	Georg Lorenz
25862	Martha Wegel
27266	August Schmid
27912	Zulius Raue
30841	Martha Weyer
30895	Franz. Mischkowski
39058	Marie Dohs
41432	Felix Koch
43644	Albert Neubert
43762	Fritz Hollmann
45875	Ella Fanelli
48579	Paul Wurch
57762	Heinrich Junge
59865	Franz Wanna.

2. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Luckenwalde der Buchbinder Hermann Spuhr aus Luckenwalde, Buchnummer 43087 und in Dresden der Buchbinder Hyazinth Jarmoschovky aus Himmelwitz, Buchnummer 18248.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: Roth.

## Zur Aussperrung.

Friede im Berufe. Das scheint das Resultat der Verhandlungen, die am Sonnabend, den 14. und Sonntag, den 15. d. M. in Leipzig gepflogen worden sind, zu werden. Nun, im Interesse beider Teile ist es gelegen, wenn der langwierige, in Stuttgart zirka 9 Wochen, in Leipzig 11 Wochen und in Berlin 12 Wochen andauernde Kampf beendet wird. Beide Teile, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, haben tiefe, flaffende Wunden empfangen und lange Zeit wird es dauern, bis diese Wunden wieder geheilt, vernarbt sind. Dieser Kampf war der erste in unserem Berufe, der in solchem Umfange, mit solcher Erbitterung und Schärfe geführt worden ist. Aber auch beide Teile, die Arbeiterschaft und auch die Unternehmer, werden aus diesem heißen Ringen eine gar heilsame Lehre ziehen, wenn beide in ihrem Beurteilungsbemühen durch die Begleitermeinungen des Kampfes nicht anders beeinflusst worden sind. — Von Seiten der Stuttgarter Streikleitung hat vom Beginn der Bewegung an ein ständiges Korrespondieren mit der Stuttgarter Prinzipalität stattgefunden. Das Resultat dieser Korrespondenz war, daß auf ein entsprechendes Schreiben des Herrn Crönlein in Stuttgart\*) unsere Kollegen, resp. Kollege Dietrich ein Ansuchen an Herrn Crönlein richtete, beim Deutschen Buchbinder-Verband dahingehend zu wirken, daß von seiten des letzteren gemeinsame Sitzungen zu Verhandlungen beiderseitiger Vertreter anberaumt werden. Und zwar sei die Gehilfschaft bereit, die Wahl der Delegierten so vorzunehmen, wie es von Herrn Crönlein in dessen letztem Schreiben angedeutet wird.

Auf dieses Ansuchen erhielt Kollege Dietrich eine Mitteilung seitens des Verbandes Deutscher Buchbinder, in denen sich dieser mit der Einberufung einer Sitzung einverstanden erklärte. Weiter gab er seine Zustimmung, daß Kollege Dietrich als offizieller Vertreter des Deutschen Buchbinderverbandes mit Sitz und Stimme zu der Verhandlung zugelassen wird.

So traten denn am Sonnabend, den 14. d. M., je 3 Vertreter aus Berlin und Stuttgart, 6 Vertreter aus Leipzig, sowie Kollege Dietrich als Vertreter des Verbandes in Leipzig zusammen, um nach einer Vorbesprechung eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Vorstand des Deutschen Buchbinder-Verbandes abzuhalten. Wenn von Leipzig 6 Vertreter hinzugezogen wurden, dann deshalb, weil in Leipzig die ungleich größere Zahl der Berufskollegen sich im Streik befinden.

Die Sitzung am Sonnabend führte zu keinem Resultat und wurde dieselbe abgebrochen und auf Sonntag verlagert. Zu dieser Sonntags-Sitzung wurden außer den oben bezeichneten Kollegen weiter drei offizielle Vertreter des Verbandsvorstandes zugelassen, nachdem ein diesbezüglicher Antrag in der Sonnabend-Sitzung von den Unternehmern glatt abgelehnt worden war. Nach langem Hin und Her und zum Teil sehr erregten Debatten kam denn auch eine Einigung zustande. Die aufgestellten Punkte

\*) Siehe Versammlungsbericht in letzter Nummer.

wurden nach diversen Zusätzen und Streichungen von beiden Seiten akzeptiert, von seiten der Gehilfsenvertreter allerdings vorbehaltlich der Zustimmung der umgehend einzuberufenden öffentlichen Versammlungen.

Die wesentlichsten Punkte seien hier kurz skizziert. Der Deutsche Buchbinderverband wird ausdrücklich anerkannt. Der jetzt bestehende Tarif wird auf weitere zirka fünf Jahre verlängert und gilt bis zum 30. April 1911. Für eine Reihe von Tarifpositionen für Salzarbeiten tritt eine Erhöhung ein. Der Minimallohn für Arbeiter, welche 6 Jahre im Berufe tätig sind, wird am 1. Mai 1907 um je 2 Pf., am 1. Mai 1909 um weitere 2 Pf. erhöht. Der für Arbeiterinnen, welche 1 Jahr im Berufe tätig sind, ab 1. Mai 1907 um 1 Pf. pro Stunde. Die Arbeiter verzichten auf alle gelegentlich des Streiks aufgestellten Forderungen, vor allem auch auf die Freigabe des 1. Mai als Feiertag. Alljährlich finden mindestens vier gemeinschaftliche Sitzungen beider Verbandsvorstände statt. In diesen gemeinschaftlichen Sitzungen dürfen nur Angelegenheiten des bestehenden Tarifes und der Einführung und Einhaltung des bestehenden Tarifes besprochen und verhandelt und darüber Beschlüsse gefaßt werden. Zur endlichen allgemeinen Durchführung des Tarifes verpflichtet sich der Arbeiternnehmerverband, Sondertarife weder in den drei Tarifstädten noch in anderen Städten des Deutschen Reiches abzuschließen, ehe nicht diese Verträge dem Arbeitgeberverband vorgelegt sind.

Dies sind in kurzen Zügen die Hauptpunkte, auf Grund deren eine Einigung zustande kam.

Die öffentlichen Versammlungen haben das letzte Wort in unserem Kampfe zu sprechen. Hoffen wir, daß im Interesse der Allgemeinheit unseres Berufes die Versammlungen das Richtige treffen werden, damit dem tobenden Kampfe ein Ende bereitet wird.

## Aus Rheinland und Westfalen.

II.

Die Arbeitgeber denken nicht daran, sich in ihren Berufsorganisationen um den Glauben zu bekümmern. Mit Freuden sehen sie aber, daß die Arbeiter so dumm find und sich von ihren scheinbaren unheimlichen Freunden und heimlichen Feinden gegenseitig verheizen lassen. Da wird dem christlichen Arbeiter gruselig gemacht mit dem roten Gespenst. Da wird ihm vorgeredet, daß er sich keinem freien Verband anschließen darf, weil derselbe — hu! hu! — sozialdemokratisch sei und er dort Schaden an seinem Glauben leiden würde. Es muß bei solchen Leuten doch eigentlich um ihr Christentum bestellt sein. Mit den „Roten“ in einem Betriebe zusammen zu arbeiten, sich mit ihnen in den Pausen zu unterhalten, mit ihnen von einem und demselben Prinzipal in gleicher Weise ausgebeutet zu werden, darunter leidet ihr Christentum nicht. Nur wenn diese Arbeiter den Versuch machen wollen, in einer gemeinsamen Organisation diese Ausbeutung etwas einzuschränken, dann leidet das Christentum Schaden. Eigentümlich! Wahrlich, diese Christen sind nicht um ihre Ueberzeugung zu beneiden, die derselben so wenig sicher sind, daß sie wie kleine Kinder vor jedem freien Luftzug in acht genommen werden müssen.

Selbst wenn es wahr wäre, daß die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch sind, was hat das mit dem Christentum zu tun. Auch ein Christ kann

Sozialdemokrat sein, wie das Beispiel des Pastors Göhre oder des römisch-katholischen Priesters Dr. Z. van den Brink lehrt, die mit zahlreichen anderen überzeugten Christen sich offen der Sozialdemokratie angeschlossen.

Wenn das diesen an ihren christlichen Grundsätzen keinen Abbruch tut, wird es den Arbeitern wohl auch nichts schaden. Aber das ganze Manöver der „christlichen“ Gewerksvereiner ist bloß purer Schwindel, hinter denen diese Organisationszerpflücker ihre finsternen, volksfeindlichen Pläne verdecken.

Alle ihre Zitate aus dem großen Zitatensack, mit denen die Jöglinge aus der bekannten Schule in M.-Glabbad ausgereift sind, beweisen doch höchstens, daß noch sehr viel daran fehlt, daß alle Gewerkschaftler Sozialdemokraten sind. Sie beweisen nichts gegen die notwendige Neutralität der Gewerkschaften, zu welcher dieselben schon um dessentwillen genötigt sind, weil ihre Mitglieder und diejenigen, welche es werden sollen, sehr verschiedene religiöse und politische Ansichten haben. Im Gegenteil, alle diese Beispiele, die von den „Graphischen Stimmen“ registriert werden, um die Gewerkschaften als unselbständige Anhänger der sozialdemokratischen Partei hinzustellen, könnten weit eher als Beweise des Gegenteils dienen. Die Mitteilungen z. B. über Bestrebungen, die Zeitungen der Partei unter den Gewerkschaftlern einzuführen, beweisen doch zur Genüge, daß ein sehr großer Teil, vielleicht der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder, noch Leser von bürgerlichen Zeitungen sind. Sie haben leider den Wert einer von Kapitals Gnadenn abhängigen Presse noch nicht begriffen.

Dabei drucken die „Graphischen Stimmen“ 14 Gewerkschaftsgebote ab und empfehlen dieselben warm ihren Mitgliedern. Das erste Gebot lautet aber:

„Du sollst nicht kapitalistische Zeitungen kaufen, solange Arbeiterzeitungen um ihre Existenz zu kämpfen haben.“

Gerade die Tatsache, daß so viele Gewerkschaftler noch „kapitalistische Zeitungen kaufen“, beweist, daß sie noch lange nicht eines Sinnes sind und daß dieser Umstand gerade die von den freien Gewerkschaften geübte Neutralität fordert. In ihnen gibt es Katholiken und Protestanten, Israeliten und Freidenker, politisch Indifferenten und Sozialisten, Kriegervereiner und Anarchisten. Alle haben sich zu dem Zweck vereinigt, um wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Darum ist jene Neutralität notwendig, die dem bewußten Zwecke angepaßt ist und der freien Meinung den weitesten Spielraum läßt. Diese aber soll gerade von den reaktionären Mächten, welche die eigentliche Triebfeder der Gewerkschaftszerpflückerung sind, vernichtet werden.

Noch ob man dieses auch immer wiederholt, diese christlichen Organisationen für Arbeiterverrat mit ihren Kräfteblättern tauchen ihr altes Stroh immer von neuem wieder. Sie liefern damit den Beweis, daß sie nicht Arbeiterinteressen vertreten wollen, sondern sich im Schlepptau von Personen befinden, die in der Gründung von „christlichen“ Gewerkschaften das letzte Mittel gefunden glauben, um das immer mehr schwindende Vertrauen der Arbeiter zu den bürgerlichen, reaktionären Parteien, namentlich der Zentrumsparthei, wieder aufzurufen. Gleichzeitig wird den Unternehmern ein Dienst damit erwiesen, denen natürlich jede Meinigkeit ihrer Arbeiter sehr willkommen ist.

Sekretär Schwarz vom Graphischen Verband sagte einmal:

„Sie können uns wenigstens nicht nachweisen, daß wir im Dienste der Zentrumsparthei stehen.“

Wenn man dieselbe Methode anwenden wollte, wie sie von den „Christlichen“ gegen uns beliebt wird, wäre dieser Nachweis sehr leicht zu führen. Aber das hat ja gar keinen Zweck und hieße Eulen nach Athen tragen.

Es hat auch wirklich keinen Zweck, mit Leuten zu diskutieren, die sich nicht beschreiben lassen wollen. Diese Ausführungen sollen unseren Mitgliedern zur Aufklärung dienen, von denen manche sich entrufen darüber, daß die „Buchbinder-Zeitung“ angeblich zu wenig auf die gemeinen Angriffe der „Graphischen Stimmen“ reagiere. Das würde den wertvollen Raum unserer Zeitung viel zu sehr in Anspruch nehmen. Man braucht nur irgend eine Nummer der „Graphischen Stimmen“ zur Hand zu nehmen, um sie bald mit Ekel wieder fortzuwerfen. Soviel Niedertracht und Gemeinheit sollte man gar nicht in einem nur alle 14 Tage erscheinenden vierseitigen Blatt erwarten. Man kann irgend ein beliebiges Scharfmacherblatt zur Hand nehmen und sich doch nicht so abgestoßen fühlen, als durch die Lektüre der „Graphischen Stimmen“. Dabei will dieses Blatt Arbeiterinteressen vertreten!

Es ist daher auch absolut unmöglich, alle die Entstellungen und Verdrehungen richtig zu stellen, von denen dieses Blatt wimmelt. „Gegen einen

Paßhofen kann man nicht gähnen,“ sagt ein norddeutsches Sprichwort.

Selbst die gegenwärtigen schweren Kämpfe, welche wir zu bestehen haben, veranlassen dieses edle Organ nicht, wenigstens für die Zeit des Kampfes ihre Geschäftigkeiten einzustellen. Wir würden uns schämen, wenn der Graphische Verband in ähnliche Kämpfe verwickelt würde, den Scharfmachern auch noch Wasser auf die Mühle zu treiben. Die Sünde wider den heiligen Kapitalismus, dessen sich die graphische Verbandsleitung schuldig zu machen glaubt, indem sie vor Zugang nach den Tarifstädten warnt und den Mitgliedern in bezug auf unsere Listen freie Hand läßt, muß wohl durch desto eifrigere Entschuldigungsversuche der Scharfmacher und Selbstübungen unsererseits gebüßt werden? Sich selbst aber stellt dieser Verband als das liebe Kind hin. Er würde es ganz, ganz anders gemacht haben. Kein Wächterchen wird von ihm getrieben.

Das sind natürlich alles Demagogenkunststücke, in der bekannten Schule in M.-Glabbad erlernt. Wenn man glaubt, den freien Gewerkschaften die Mitglieder abtreiben oder vor der Nase wegknappen zu können, scheidet man vor den stärksten Gewaltstreichen nicht zurück. Das hat neuerdings der Streik der christlich-organisierten Metallarbeiter im Saarrevier bewiesen. Wenn irgendwo der Ausdruck am Platze ist, daß die Arbeiter in einen Streik in frivoler Weise hineingebracht wurden, so ist das bei diesem tragischen Kampfe der Fall. Lediglich um dem Deutschen Metallarbeiterverband zuzukommen, wurde dieser unglückliche Zustand herbeigeführt, um dann bald einen so schmählichen Frieden mit dem Scharfmacher Zille eingehen zu müssen, wie er in der Geschichte der Arbeiterbewegung glücklicherweise ohne Beispiel ist.

Je nachdem wie es der schwarzen Gesellschaft geht, wird einmal der „Madifale“ herausgesteckt und das andere Mal der „Harmoniedufeler“, der angeblich alles friedlich mit den geehrten Herren Prinzipalen regelt.

Auch der christliche Graphische Verband verfolgt dieselbe niederträchtige Taktik. Ein lehrreiches Beispiel liefert dafür wieder die Nr. 13 der „Graphischen Stimmen“.

Es erscheint uns unmöglich, auf vier Seiten noch größere Widersprüche zusammenzuschreiben.

Schon der Leitartikel „Industrieverband oder Berufsverband“ liefert nette Proben davon. Da soll z. B. der Deutsche Buchbinderverband einmal eine Lohnbewegung in A. dadurch bereitet haben, daß derselbe die Erlaubnis verweigerte, durch allerlei „Fragen“, Fragebogen auszufüllen usw. Durch diesen „Krimskram“ wurde die Sache der Buchbinder „vertrödet“. In Nr. 11 hingegen heißt es in einem Artikel „Gewerkschaftliche Lehren“ wörtlich folgendermaßen:

„Das letzte Wort aber haben — zumal bei Lohnbewegungen — die verantwortlichen Organisationsleiter zu sprechen.“

Der letzte Satz scheint aber wohl nur für „christliche“ Organisationen zu gelten. Es handelt sich nämlich dabei um einen Rechtfertigungsversuch des Christlichen Textilarbeiterverbandes, der seinen Mitgliedern in Aachen das Streifen unterlag hatte.

Der ganze Artikel in Nr. 13, „Industrieverband oder Berufsverband“, ist in seinen Konsequenzen übrigens eine entschiedene Verurteilung der Arbeiter-Organisationszerpflückerung und daher eine klaffende Dohse, die sich dieses edle Organ der „Christlichen“ selber versetzt. Man könnte bald annehmen, irgend ein Wikbold hätte sich mit diesem Artikel einen III gemacht, um die Redaktion der „Gr. St.“ damit zu diskreditieren.

„Zur Bewegung im Buchbindergewerbe“ ist eine Notiz in Nr. 13 benannt. Da heißt es, daß sich die „Buch.-Ztg.“ „ärgert“, weil die „Gr. St.“ die Prinzipale nicht besser auf die Finger geklopft habe. Wahrscheinlich hat die Redaktion ein etwas blaß gedrucktes Exemplar unserer Zeitung erhalten und angenommen, daß dieselbe vor lauter Aerger so blaß geworden ist. Die Redaktion unserer Zeitung wird hoffentlich nicht so dumm sein, und sich über die „Gr. St.“ ärgern. Nur bemitleiden wird sie die Leser derselben von Herzen.

Auch die eben erwähnte kurze Notiz wimmelt wieder von Gemeinheiten, die so recht geeignet sind, den Scharfmachern Material zu liefern. Es kann uns nicht einfallen, alle diese Behauptungen und Verdächtigungen zu berichtigten. Es sei nur festgestellt, daß unserem Verband zwei angebliche Vermittlungsversuche, um den Frieden herbeizuführen, als Schwäche ausgelegt wird. Wie reimt sich das nun wohl mit der angeblichen friedliebenden Stellung der Christlichen zusammen? Sie müßten doch nach ihrem ganzen Gebaren event. Vermittlungsvorschläge unseres Verbandsvorstandes mit Freunden im Interesse des „Sozialen Friedens“ begrüßen. Oder nicht??? Die Gesinnungslosigkeit über „gewisse“ waschecht radikale Genossen, die ihre Kollegen auf-

hezen gegen ihre Arbeitgeber, sich selbst aber letzteren gegenüber als äußerst liebenswürdig und speichel-leckerisch benennen, Forderungen heruntersetzen — wie geschähen —, dafür ein Lob bekommen und hintennach sich schämen über die niedrigen Sätze — an deren Festsetzung nur die „Christlichen“ schuld sein sollen“, zeigt diese Patent-Christen wieder in ihrer ganzen Gemeinheit.

Wo sind die radikalen Genossen, die ihre Kollegen aufhezen und den Speichel der Unternehmer lecken? Gewiß darf man zu Verhandlungen mit Prinzipalen nicht be-treten kommen, wie gewisse „Christen“, sondern man muß mit ihnen in anständigen Formen verkehren. Auch hat es keinen Wert, bei solchen Verhandlungen stumm wie ein Fisch zu sein, „weil man doch von der ganzen Sache nichts versteht“, wie ein gewisser waschechter, radikaler Zentrumsgenosse. Wenn man nichts von der Sache versteht, soll man zu Hause bleiben und das Meißelgeld sparen. Wenn man aber auf den Standpunkt steht, daß es den Verhältnissen entsprechend besser ist, zu unterhandeln als zu streiken, dann muß man natürlich auch auf beiderseitiges Entgegenkommen gefaßt sein und folglich auch auf Herabsetzung der ursprünglichen Forderungen. „Diese Heuchler“ mögen die „Gr. St.“ daher auf sich selbst anwenden! Mit welchem Eifer alles zusammengetragen und total verdreht wird, was nur irgend geeignet sein könnte, die freien Gewerkschaften zu diskreditieren, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit der Bericht über eine von angeblich 500 Personen besuchte christlichen Holzarbeiter-versammlung. Danach sollen diese 500 Personen von 80 „Genossen“ verbannt worden sein. Die armen „Christlichen Dulder“ können einen bald leid tun. Nun gehört wohl der allerschwarzeste Köhlerglauben dazu, um so etwas glauben zu können. In Wirklichkeit hat sich die Sache auch total entgegengesetzt zugetragen. Mit Stöcken, Biergläsern und Hausschlüsseln hat man die in der öffentlichen Versammlung anwesenden freien Gewerkschaftler mißhandelt, weil sie sich nicht ohne Widerspruch von seiten des christlichen Referenten beschimpfen lassen konnten. Der christliche Vorsikende hatte einem der Haupttraktierer zur Ruhe ermahnt, bis ihm bedeutet wurde, daß dieser einer von den übrigen sei.

Einer der „Christen“ in bayerischer Lodenjopp: bedauerte nachher, seinen Dolch nicht mitgebracht zu haben. (!)

Die „Gr. St.“ fabeln natürlich von sozialdemokratischen Geisteskräften. In Wirklichkeit waren es acht ultramontane Drehschleichen.

Sehr interessant ist es, daß die Buchdrucker in jeder Nr. der „Gr. St.“ ihr Fett bekommen. Interessant insofern, weil deren Verband anfänglich als eine Mutterorganisation gepriesen wurde. Aber unsere Schwäger wollten von diesem Liebeswerben nichts wissen und gaben den Organisationszerpflückerern den wohlverdienten Fußtritt.

Daher der Meßenerger.

Neulich wird es den „Christen“ mit den braven und praktischen Engländern ergeben. Diese betrachten die christlichen Gewerkschaften mit denselben Augen, mit denen sie überhaupt organisierte Streikbrecher ansehen.

Da werden sie wohl bald bei den „Gr. St.“ in dieselbe Ungnade fallen, wie die Buchdrucker. Vorläufig sind sie allerdings noch lieb Kind. In den „Gewerkschaftlichen Studien in England“ wird gerade der praktische Standpunkt der Engländer gepriesen, und zwar hauptsächlich die Seite ihres Wesens, wo so recht ein engherziger Egoismus zutage tritt, der das allgemeine Wohl dem augenblicklichen Vorteil unterordnet. Wie das mit dem Christentum vereinbar ist, wird wohl ewiges Geheimnis der Patentchristen vom Graphischen Verband bleiben. So unpraktisch sind die Engländer allerdings nicht, „christliche“ Gewerkschaften zu gründen. Solche Vereinsmeierei überlassen sie den unpraktischen Deutschen. Auf die von den „Gr. St.“ abgedruckten 14 Gewerkschaftsgeboten haben wir schon hingewiesen. Wie die christliche Organisation diese Gebote befolgen will und kann, ist uns ein großes Rätsel. Jedes dieser Gebote paßt auf diesen Verband wie die Faust aufs Auge. Schon diejenigen Gebote, welche die Arbeiterpresse empfehlen, sind ein Schlag ins Gesicht für diese Leute. Es sei denn, dieselben halten das Stöckerische „Reich“ und andere Streikbrecherorgane für Arbeiterzeitungen.

Doch wir wollen zum Schluß mit dieser „Arbeiterorganisation“ kommen und nur noch darauf hinweisen, daß der Vorstand den Mitgliedern empfiehlt: „Alle Vorstände und Kollegen mögen aber die jegige Erregung unter den Kollegen regie zur Agitation für unseren Verband benutzen.“ Die Art, wie diese Aufforderung ergeht und mit Bosheiten gegen unseren Verband zusammengestellt ist, läßt nur den Schluß zu, daß die „Christlichen“ bei uns im Trüben fischen und unsere Mitglieder abspenstig machen sollen.

Es reißt sich dieses Gebaren würdig den übrigen Selbentaten an.



In Aachen und Freiburg verbreiteten diese Helben, während sie sich mit uns in einer gemeinsamen Lohnbewegung befanden, jenes Schandflugblatt, in dem es heißt: „Sie (die „Christlichen“) propagieren nicht Utopien des Materialismus wie die sogenannten freien Gewerkschaften, dessen Lehren den Menschen zum Tier herabwürdigend, den kräftigsten Egoismus zeitigen, welcher imstande ist, den eigenen Bruder zu zerfleischen usw.“ Nebenbei ein Beweis dafür, daß diese Leute ihre eigenen krassen Materialismus, dem sie, wie z. B. in ihrem Artikel über England, huldigen, mit der materialistischen Geschichtsforschung verwechseln, von welcher sie wahrscheinlich so viel Ahnung haben, wie die Kuh vom Sonntag.

In Aachen hatte der „Christliche Verband“ nach unserer öffentlichen Versammlung, die auch von seinen Mitgliedern gut besucht war, nichts eiligeres zu tun, als eine Gegenversammlung zu arrangieren, in welcher Herr Schwarz den guten Eindruck, welchen die Ausführungen des Kollegen Groenhoff über die Aussperrung auch bei den „Christlichen“ gemacht hatten, wieder verwischen mußte. Kein Wunder, wenn nach allen solchen Proben christlicher Nächstenliebe unsere Kollegen die Lust verlieren, bei Lohnbewegungen noch mit ihnen zusammenzugehen. Die Ausführungen des Kollegen Heise über diesen Gegenstand in der „Neuen Zeit“ dürften daher sehr bald die theoretischen Leitfäden werden für das, was sich in der Praxis durchsetzt. Dann mögen an einzelnen Orten vielleicht sich die günstigen Umstände für Durchführung einer Lohnbewegung etwas verschieben. Die „Christlichen“ aber werden dann erst recht zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken und nicht mehr imstande sein, sich mit fremden Federn schmücken zu können.

In der Tat, für solche Bundesgenossen kann man sich nur bedanken. Der gesunde Arbeiterstandpunkt wird auch bei den jetzt noch irregulierten Mitgliedern zum Durchbruch kommen, und sie werden entweder ihre Führer zwingen, anständiger zu werden und ihr arbeiterverräterisches Spiel aufzugeben oder ihnen den Rücken kehren und sich ins angeschlossen. Letzteres wäre natürlich das Beste.

Unsere Kollegen wollen verzeihen, wenn wir uns etwas lange mit den „Christlichen“ beschäftigen. Ein erquickliches Thema ist das gewiß nicht. Um den Mißbrauch zu vermeiden, der aus den Spalten der „Gr. St.“ aufsteigt, haben wir uns den Genuß einer humoristischen Zigarre gestattet. Die leichten Wolken des Humors, welche sich daher zwischen diesen Zeilen kräuseln, wolle man dem unetquidlichen Thema zugute rechnen.

Wir mußten dieses Thema aber einmal erörtern, weil in weiten Kollegenkreisen die Ansicht vorwaltet, als wenn die Redaktion unserer Zeitung den unbeschränkten Gemeinheiten der „Gr. St.“ nicht oft und energisch genug entgegentritt. Dazu fehlt es aber wohl mit Recht der Redaktion an Zeit und Lust. Es wird genügen, wenn ab und zu mal die „Gr. St.“ etwas auf die schmutzigen Redaktionsfinger bekommen. Was hiermit geschieht ist.

Wichtiger, als sich mit diesen Leuten zu beschäftigen, dünkt uns die Aufgabe, unsere Kollegen und Kolleginnen auf die wirtschaftlichen Zustände aufmerksam zu machen und sie über den Zusammenhang der Dinge aufzuklären. Unseren Ausführungen über den neuen Unternehmerverein wollen die Leser daher ganz besondere Beachtung schenken und die nötigen Konsequenzen ziehen, indem sie agitieren für den Deutschen Buchbinderverband.

## Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905.

### II.

Die Frequenz der Sekretariate ergibt sich aus folgenden Zahlen: Insgesamt wurden die Sekretariate von 283 767 Auskunftsuchenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunft bezw. Rechtshilfe Suchenden waren Arbeitnehmer und deren Angehörige 262 111, davon 40 921 weibliche Personen. 11 585 Auskunftsuchende waren selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und weitere 872 Auskunftsuchende waren Behörden, Vereine oder Korporationen.

57 507 Auskunftsuchende, einschließlich der Behörden und Vereine, haben im letzten Jahre die Sekretariate mehr in Anspruch genommen, als im Jahre 1904, und 116 404 mehr als im Jahre 1901.

In der nachstehenden Tabelle ist die Steigerung der Frequenz der Sekretariate vom Jahre 1901 bis 1905 dargestellt.

Von den 273 096 Personen, welche im Jahre 1905 die Arbeitersekretariate in Anspruch nahmen, waren 160 264 = 59 Proz. gewerkschaftlich organisiert. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Besucher der Sekretariate ist von Jahr zu Jahr gestiegen.

Jahr	Zahl der an dem Staatlich beteiligten Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunftsuchenden	Von den Auskunftsuchenden		Prozent der gewerkschaftlich organisierten Auskunftsuchenden	Von den Auskunftsuchenden wohnten nicht am Orte des Sekretariats	Zahl der Orte, auf die sich diese Auskunftsuchenden verteilen
			waren Arbeitnehmer	waren gewerkschaftlich organisiert			
1901	29	167 363	90 715	74 655	44,6	34 324	2546
1902	32	195 679	121 469	97 501	49,9	45 531	4221
1903	36	200 575	123 624	106 787	53,2	45 156	5365
1904	48	226 260	157 168	130 208	58,0	59 231	5992
1905	67	283 767	262 111	160 264	59,0	73 555	6522

Ueber die Zahl der politisch organisierten Auskunftsuchenden liegen von 33 Sekretariaten und über die Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten nur von 23 Sekretariaten Angaben vor. Insgesamt waren von den Auskunftsuchenden 10 804 politisch und 9753 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgehalte betrug 323 548.

Die Gesamtzahl der von den Sekretariaten erteilten Auskünfte beträgt 295 374 (288 540 im Jahre 1904), von denen 33 102 (36 103) schriftlich erledigt wurden. In den Auskunftsstellen der Gewerkschaftsstellen wurden insgesamt 220 572 Auskünfte erteilt. Demnach wurden im Jahre 1905 in den 178 von den organisierten Arbeitern unterhaltenen Instituten insgesamt in 315 946 Fällen Auskunft und Rechtshilfe gewährt. Welche Unmenge von Arbeit ist in diesen Zahlen ausgedrückt, besonders wenn man berücksichtigt, daß allein in den Sekretariaten zur Erledigung der dort unabhängig gemachten Rechtssfälle sich die Anfertigung von 81 421 Schriftsätzen notwendig machte.

Von den erteilten Auskünften entfallen danach auf Angelegenheiten der Unfallversicherung 52 664, Krankenversicherung 16 870, Knappschaftswesen 3251, Invalidenversicherung 16 501, also insgesamt auf Angelegenheiten betreffend die Arbeiterversicherung 89 286. Auf die verschiedenen Gebiete des Strafrechts entfallen 22 897, auf Arbeits- und Dienstvertrag 48 498, auf das gesamte Gebiet des bürgerlichen Rechts 87 018, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 32 218, Arbeiterbewegung 5297, Privatversicherung 2473, Handels- und Gewerbesachen 2231, Diverse 5416 Auskünfte.

Von allen Gebieten der Auskunfterteilung nimmt die Arbeiterversicherung den größten Prozentsatz für sich in Anspruch. Allein 30,3 Proz. aller Auskünfte bezogen sich auf dieses Gebiet. Es folgen dann: Bürgerliches Recht mit 29,4 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag mit 16,4 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 10,9 Proz., Strafrecht mit 7,8 Proz., Arbeiterbewegung und Sonstiges mit je 1,8 Proz. und Gewerbesachen und Privatversicherung 1,6 Proz.

Nicht nur in bezug auf die Zahl der erledigten Rechtssfälle steht das Gebiet der Arbeiterversicherung obenan, sondern nach jeder Richtung hin zeigt es sich — und das ist besonders charakteristisch für unsere sozialen Zustände —, daß das wertvollste Volk in unserem, aller Welt voranschreitenden Kulturstaate auf die Mitwirkung der Sekretariate bei der Erhaltung seiner Rechte gar nicht mehr verzichten kann. Nicht weniger als 31 198 Schriftsätze von den insgesamt angefertigten 81 421 bezogen sich auf das Gebiet der Arbeiterversicherung. Davon entfallen 4356 auf die Invalidenversicherung, 2121 auf das Knappschaftswesen, 3344 auf die Krankenversicherung und 21 377 auf die Unfallversicherung. Einen regelrechten Kampf muß der in Dienste des Kapitalismus verunglückte Arbeiter führen, um nach Monaten, oft erst nach Jahren zu der ihm schließlich ausgebilligten karglichen Rente zu gelangen. Die Fälle, in denen einem verunglückten Arbeiter die beantragte Unfallrente ohne Klage von der Berufsgenossenschaft gezahlt wird, sind äußerst selten. Dagegen um so häufiger die Fälle, die bis zur höchsten Instanz durchgeführt werden müssen. Von den dem Central-Arbeitersekretariat im Jahre 1905 von den Arbeitersekretariaten zur Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt überwiesenen 1098 Klagen betrafen 964 die Unfallversicherung. Alle diese Fälle erforderten in den Sekretariaten vorher

eine für den Laien schier ungläubige Menge von schriftlichen Arbeiten. Aber auch das Gebiet des bürgerlichen Rechts nimmt die Tätigkeit der Arbeitersekretariate in stets steigendem Maße in Anspruch. Ein Beweis, daß das Vertrauen der Arbeiter zu den Sekretariaten fortwährend wächst. Denn, während ohne weiteres zugegeben werden muß, daß der aus der Werkstatt oder der Fabrik herbor-gegangene, mit der praktischen Arbeit und der Sozialgesetzgebung vertraute Arbeitersekretär der geeignetste der Vertreter eines im Kampfe stets tägliche Brot verunglückten Proletariats ist, so wäre es doch gewagt, zu behaupten, daß jeder Arbeitersekretär auch auf allen anderen Gebieten in gleicher Weise geeignet sein müßte, die Interessen seines Klienten wahrzunehmen. Aber infolge seiner Tätigkeit erweitert er seine Kenntnisse auch auf diesen Rechtsgebiete, eignet sich auch schließlich alle jene juristischen Feinheiten an, die demjenigen nun einmal eigen sein müssen, der mit Erfolg die Interessen des arbeitenden Volkes bei der heutigen Rechtspflege wahrzunehmen sich erdreistet. So wächst stets und ständig das Vertrauen des Volkes zu den Arbeitersekretariaten und damit auch deren Arbeit riesenhaft an.

Die in folgender Tabelle gegebene Uebersicht zeigt, wie in den Jahren 1901—1905 sich die Tätigkeit der Sekretariate auf allen Gebieten der Rechtspflege sich entwickelte.

Persönliche und schriftliche Vertretungen vor den richterlichen Instanzen wurden insgesamt von den Sekretariaten 6895 wahrgenommen. Von diesen entfallen auf Unfallversicherung 3841, Krankenversicherung und Knappschaftssachen 765, Invalidenversicherung 426, Arbeits- und Dienstvertrag 931, Gewerbeaufsicht 286 Vertretungen.

Von einigen Sekretariaten ist zwar die Gesamtzahl der Vertretungen angegeben, doch fehlt die Angabe, auf welche Gebiete sich dieselben verteilen. Insgesamt werden 696 Vertretungen gezählt, für die Spezialausweise nicht gemacht worden sind.

Der Ausgang der von den Sekretariaten wahrgenommenen Rechtssfälle wurde denselben in 3770 Fällen bekannt. Was bezüglich des Ausgangs dem Sekretariat bekannt geworden ist, wird nicht angegeben von Berlin mit 722, Dortmund mit 193 und Nürnberg mit 58 Fällen, so daß das Resultat nur von 2797 angegeben ist. Von diesen waren erfolgreich 1444, teilweise erfolgreich 497 und erfolglos 856 Fälle.

Von den mit vollem und teilweisem Erfolg vertretenen Fällen betrafen die Unfallversicherung 1235, die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen 189, die Invalidenversicherung 160, Arbeits- und Dienstvertrag 350 und die Gewerbeaufsicht 135. Das Resultat würde sich weit günstiger darstellen, wenn die Sekretariate in der Lage wären, über den Ausgang aller von ihnen wahrgenommenen Klagen berichten zu können. Den Rechtssuchenden genügt es, wenn ihnen die Sekretariate zu ihrem Recht verhelfen, die Letzteren über den Ausgang der Sache zu unterrichten, fällt ihnen in den meisten Fällen gar nicht ein. Immerhin läßt die Tatsache, daß 1941 von 2797 Streitfällen mit Erfolg durchgeführt wurden, erkennen, mit welcher Sachkenntnis, Energie und Pflichttreue die Sekretäre sich ihrer Aufgabe widmen.

Die Arbeitersekretariate haben in verhältnismäßig kurzer Zeit eine nie geahnte günstige Entwicklung durchgemacht. Das wird nicht nur von den Arbeitern und Sozialpolitikern anerkannt, nein, diese Anerkennung wurde wiederholt auch von Regierungsvertretern, höheren Staats- und Kommunalbeamten

Jahr	Arbeiterversicherung		Arbeits- und Dienstvertrag		Bürgerliches Recht		Strafrecht		Arbeiterbewegung		Gemeinde- u. Staatsbürgerrecht		Gewerbesachen Privatversicherung		Sonstiges			
	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte	in Sekretariaten	Prozent der Auskünfte		
1901	28	46 741	23,0	28	31 149	17,0	27	49 684	28,0	12	12 923	7,0	20	13 119	8,0	21	13 770	12,0
1902	32	56 571	28,6	32	32 722	16,5	32	57 595	29,1	12	11 448	7,3	27	18 190	9,2	29	19 043	1,8
1903	36	71 787	29,6	36	33 837	16,3	36	58 974	29,2	16	12 221	6,3	31	27 173	1,3	36	20 447	1,0
1904	48	71 537	30,0	48	38 760	16,8	48	68 639	29,1	18	15 526	6,6	39	32 840	1,4	47	24 118	2,6
1905	67	89 269	30,3	67	49 498	16,4	67	87 018	29,4	27	22 897	7,8	65	62 977	1,8	67	32 218	10,9

ausgesprochen. Während aber die Arbeiter mit Stolz und Freude auf die von ihnen geschaffenen Institute blickten, betrachteten die großen und kleinen Ordnungsführer diese mit dem Ausdruck des Neides und der Verachtung. Im preussischen Landtage sagte im vorigen Jahre der ehemalige Handelsminister Möller:

„Die propagandistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Rechtsberatung ist ungleichmäßig, ungleichmäßig intensiv und ungleichmäßig wirkungsvoll, und wir begehen eine schwere Nachlässigkeit, wenn wir diesem Bedürfnis nicht auf andere Weise entsprechen.“ Darin ist die unumschränkte Anerkennung der Arbeitersekretariate ausgesprochen, zugleich aber auch die arge Verachtung ob der günstigen Weiterentwicklung und des Einflusses dieser Institute. Mit der Gründung von kommunalen und gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen sucht man die Entwicklung unserer Sekretariate und deren Einfluß auf die Arbeiter zu untergraben. Ein Verband kommunaler und gemeinnütziger Rechtsauskunftsstellen wurde Anfang dieses Jahres in Magdeburg gegründet und bei dieser Gelegenheit konnte der Oberbürgermeister Dr. Ebeling-Deffau sich nicht enthalten auszusprechen, daß die Arbeitersekretariate ausgezeichnete Propagandamittel für die Gewerkschaften sind. Wir können uns über das den Arbeitersekretariaten gespendete Lob seitens dieser Herren nur freuen, und in ihrem guten Glauben, mittels Gründung von „gemeinnützigen“ Rechtsauskunftsstellen den Arbeitersekretariaten Abbruch tun zu können, wollen wir sie nicht stören. Gegen die Errichtung und Unterhaltung gemeinnütziger und kommunaler Rechtsauskunftsbureaus wäre an sich gar nichts einzuwenden, wenn diese in Wirklichkeit dem Zwecke dienen sollten, der sich aus ihrer Benennung ergibt. Da aber diese Einrichtungen ausgesprochen dazu dienen sollen, die Arbeiter namentlich vor den sozialdemokratischen Einflüssen zu schützen, so haben wir dagegen Verwahrung einzulegen, daß unter dem Deckmantel der Rechtsbelehrung mit Mitteln des Staates und der Kommunen eine antisozialistische und antigerwerkschaftliche Propaganda getrieben wird.

Uebrigens brauchen wir an diese Gründungen keinerlei Befürchtungen zu knüpfen. Der Boden, auf dem unsere Arbeitersekretariate aufgebaut sind, die Atmosphäre, die sie umgibt, sie sind zu sehr geeignet, deren Entwicklung zu fördern, als daß solche Mittel das Wachstum der Sekretariate zu beeinträchtigen vermöchten. In den kommunalen und gemeinnützigen Auskunftsstellen werden jene „nützlichen“ Elemente sich Rechtsbelehrung holen, die bisher unsere Sekretariate überflüssigerweise befaßten und die bei wirtschaftlichen Kämpfen zur höheren Ehre des Kapitalismus ihren Arbeitsbrüdern stets in den Rücken fallen. Unsere Sekretariate werden durch solche Entlastung keinen Schaden nehmen, sondern rascher und intensiver wird ihre Entwicklung fortschreiten zum Nutzen der Arbeiterbewegung und zum Segen des Volkes. **L. Brunner.**

**Bericht vom 1. Goutag des Gaues VII.**

**Abgehalten in Oldenburg.**

Der Gauvorsitzende Hartmann-Bremen eröffnet um 10 Uhr den Goutag und weist in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß schon vor Jahresfrist von den Mitgliedern der Zahlstellen Bremen und Wilhelmshaven, sowie von den Einzelmitgliedern des Gaues die Einberufung eines Goutages angeregt wurde. Aber durch die Erkrankung des bisherigen Gauvorsitzenden und den damit verbundenen Amtswechsel seien die Vorarbeiten immer unterblieben, bis man sich im Frühjahr endlich einigte. Als Tagungsort sei allgemein Oldenburg vorgeschlagen.

Die Aufstellung der Präsenzliste ergibt, daß 5 Orte durch 19 Kollegen vertreten sind. Es sind anwesend: Hartmann, Hendrich, Duschek, Drögemöller, Hermann, Wellner und Gollan von Bremen; Buddenberg und Bonenkamp von Bant-Wilhelmshaven; Gierth und Wehmann von Bremerhaven; Puhl, Eisler, Kreher, Mantke, Eierenmann, Mühlhold, Westphal von Oldenburg und Steffanitsch von Ravel.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht a) des Gauvorsitzenden, b) der Zahlstellen und c) der Vertrauensleute. 2. Agitation im Gau. 3. Regelung eines Zentralarbeitsnachweises. 4. Verschiedenes.

Die Vornahme der Bureauwahl zeigt Hartmann und Puhl als Vorsitzende, Drögemöller als Schriftführer. Hierauf ergreift Puhl das Wort zu einer Begrüßungssprache, heißt die Kollegen in Oldenburg herzlich willkommen und wünscht den Beratungen des Goutages guten Erfolg. Alsdann erstattet der Gauvorsitzende Bericht vom letzten Jahre.

Die Massenverhältnisse gestalten sich wie folgt: Einnahme der Verbandskasse 664,20 Mk.; Gesamtansgabe 646,76 Mk.; an Arbeitslosenunterstützung wurde ausgezahlt 19,90 Mk.; ein Streik in Norden verursachte 26,10 Mk. Unkosten. Die Lokalkasse hatte

am Schlusse des Jahres einen Kassenbestand von 60,69 Mk. zu verzeichnen. An Mitgliedern hatte der Gau am 31. Dezember 1905 19 Kollegen; augenblicklich 25.

Von Bremen berichtet der Bevollmächtigte, daß dort durch kolossale Fluktuation unter den Mitgliedern ein fortwährender Wechsel der Vorstandsmitglieder stattfindet, der das Arbeiten sehr erschwert. Schuld daran tragen hauptsächlich die niedrigen Löhne von 20 und 21 Mk. bei den teuren Bremer Lebensverhältnissen. Der Mitgliederbestand ist bedeutend gestiegen. Er weist dann noch hin auf verschiedene Einrichtungen, die im letzten Jahre neu geschaffen wurden, wie Lokaltranenunterstützung, Einkassieren der Beiträge usw., und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß Bremen eine feste Festung des Verbandes in der nordwestdeutschen Ecke werden möge.

Von Bant-Wilhelmshaven berichtet Buddenberg, daß dort durchschnittlich immer 18 Kollegen vorhanden seien. Kost- und Logiswesen verschwinden fast gänzlich; Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Std. Lohr 18-32 Mk.; Feiertage werden mit Ausnahme einer Firma bezahlt.

In Bremerhaven, worüber Gierth berichtet, liegen die Verhältnisse ähnlich. Von 15 am Orte Beschäftigten sind 11 organisiert. Durch die Lohnbewegung im Herbst ist fast durchweg die 9stündige Arbeitszeit und ca. 11 Mk. Lohnaufbesserung erzielt worden. Hier finden wir den höchsten Minimallohn von 24 Mk. im Gau. Gierth schließt mit der Aufforderung an den Gauvorstand, im nächsten Herbst mehr Druck dahinter zu setzen, damit die Kollegen in Bremerhaven nicht wieder allein auf sich angewiesen sind.

Puhl gibt von Oldenburg bekannt, daß dort in 9 Betrieben 18 Gehülften beschäftigt und davon 12 organisiert sind; es herrscht großer Wechsel unter den Mitgliedern. An Lohn wird 18 bis 25 Mk. gezahlt bei 8 1/2 bis 10stündiger Arbeitszeit. Die Gründung einer Zahlstelle wäre wohl in Betracht zu ziehen, sobald die älteren Kollegen für den Verband gewonnen sind.

In der hierauf folgenden Diskussion bemerkt Drögemöller, daß sich die Bremer schämen müßten, noch keine besseren Löhne gegenüber Bremerhaven zu haben. Er fordert die anwesenden Bremer auf, energisch mit dafür zu sorgen, daß dies im Herbst anders wird.

Zum 2. Punkt, Agitation, hält Hendrich ein gut durchdachtes Referat über die Notwendigkeit einer lebhaften Agitation und die einschlagenden Wege im Gau. Es müßte in dieser Sache mehr einheitliches Handeln als bisher Platz greifen. Reicher Beifall lohnte den ca. einstündigen Vortrag und die nunmehr einschleuderte Diskussion bewies, daß Hendrich mit seinen Ausführungen das Richtige getroffen hatte. Buddenberg fordert die Gründung einer Zahlstelle in Bremerhaven, weil dann im Bedarfsfälle auch dort eher Organisierte zu haben seien. Gierth und Duschek sprechen dagegen, weil ein Stamm von älteren Mitgliedern nicht in genügender Stärke vorhanden ist. Die Sache sei daher von vornherein schwindföchtig. Puhl ist ebenfalls dagegen und greift zurück auf Oldenburger Verhältnisse; er schlägt vor, eine Agitationstour im Gau abzuhalten, an der besonders ältere Kollegen teilnehmen sollen, damit den älteren Organisierten nicht immer nur junge Leute gegenübertraten. Drögemöller regt an, eine Liste anzulegen zur Sammlung von Adressen tüchtiger Redner, die in Agitationsversammlungen sprechen könnten. Für den Gau müßten solche dann vom Gauvorstand vermittelt werden. Gierth hält das Kartell für verpflichtet, sich dieser Sache anzunehmen. Buddenberg wünscht öftere Bekanntgabe der Adressen von Bevollmächtigten und Vertrauensleuten aller Gewerkschaften in den Parteiblättern des Gaues. D. befürchtet von diesen Maßnahmen Maßregelungen, auch hänge im Vereins- oder Gewerkschaftsbaue meistens ein Verzeichnis aller Verbandsfunktionäre aus. Hendrich bekämpft in seinem Schlußwort ebenfalls die Agitationstour. Er empfiehlt den Kollegen die mündliche Agitation als besseres Mittel.

Es wird hierauf in die Mittagspause eingetreten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung kommt folgende Resolution des Kollegen Gierth zur Verlesung:

„Der 1. Goutag des VII. Gaues stimmt dem vorzüglichen Referat des Kollegen Hendrich über Agitation vollkommen bei und verpflichtet sich, alle Kräfte für Gewinnung neuer Kämpfer zu entsaften, um auch im Gau VII menschenwürdige Zustände herbeizuführen.“

Diese Resolution gelangt einstimmig zur Annahme.

Hierauf ergreift Duschek das Wort zum Thema „Zentralarbeitsnachweis“. Redner weist in seinen zirkulierenden Ausführungen auf Gau 11 hin, wo ebenfalls kürzlich ein solcher Nachweis eingerichtet sei. Ein solcher würde die Agitation und den Zu-

ammenhalt der Kollegen sehr fördern. Buddenberg und Puhl sind mit dem Projekt einverstanden, nur befürchtet Letzterer große Unkosten, die von den Gaumitgliedern aufzubringen seien, und darum wieder hemmend auf die Agitation einwirken würde. Gierth schlägt vor, 5 Pf. Gaubeitrag zu erheben. Westphal und Gierth sind der Meinung, für den ganzen Gau einen Minimalwochenlohn von 21 Mk. festzusetzen. Puhl bringt in Vorschlag, pro Kopf und Quartal 10 Pf. für den Nachweis zu erheben. Steffanitsch befürchtet, daß sich die Sache überhaupt nicht halten wird wegen Geldmangel und zu vieler Arbeit. Vor allem aber müßte energisch Front gemacht werden gegen den Kost- und Logiszwang. Buddenberg wünscht die Verhältnisse im Gau näher kennen zu lernen durch Aufnahme einer Statistik. Hendrich befürwortet ebenfalls die Gründung aufs Wärmste. Falls zu viel Arbeit entfällt, müßte ein besonderer Leiter gewählt werden. Redner bringt sodann folgende drei Anträge zur Kenntnis:

1. Antrag Buddenberg: „Auf alle Fälle ist ein Arbeitsnachweis zu gründen. Die Kostendeckung geschieht ev. durch Umlageverfahren oder prozentual. Das weitere ist dem Gauvorstand und der Zahlstelle Bremen zu überlassen.“

2. Antrag Wellner: „Zwecks Deckung der Unkosten des Zentralarbeitsnachweises ist ein monatlicher Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben.“

3. Antrag Puhl: „Zwecks Deckung der Unkosten des Zentralarbeitsnachweises ist ein vierteljährlicher Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied zu erheben.“

Diese Anträge zeitigen wieder eine lange, lebhafte Debatte, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten. Schließlich wird Antrag 3 zurückgezogen und Antrag 2 gegen 1 Stimme abgelehnt, der Antrag Buddenberg dagegen einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenes“ regt Gierth an, im Herbst eine gemeinsame Lohnbewegung für den Gau einzuleiten. Besonders für Wilhelmshaven sei der Minimallohn viel zu niedrig. Buddenberg erwidert, daß wegen der auf der Werk beschäftigten Unorganisierten so leicht nichts zu machen sei. Er will vor allem erst einmal den Arbeitsnachweis eingeführt sehen. Ein Vorschlag Drögemöllers, im nächsten Sommer den zweiten Goutag folgen zu lassen, um die Neueinführungen auszubauen, resp. zu ändern, wird wegen zu großer Unkosten zurückgewiesen.

Alsdann läßt Hendrich in seinem Schlußwort die verschiedenen Beratungen noch einmal Revue passieren. Er warnt vor Uebereilung betr. Lohnbewegung. Die Kollegen seien noch nicht „fest“ genug. Erst solle man noch fleißig agitieren und für die Ausbreitung der Organisation sorgen. Dann wäre es ev. im Herbst möglich, gemeinsam vorzugehen. Redner schließt mit dem Wunsch, beim nächsten Goutag ein erfreuliches Wachstum an Mitgliedern konstatieren zu können, den ersten Goutag des Gaues VII.

**Erste sächsische Kartonnagearbeiter-Konferenz.**

Im Anschluß an den Goutag des 12. Gaues unseres Verbandes fand in Limbach, unweit des „sächsischen Manchester“ Chemnitz gelegen, am 17. Juni die erste sächsische Kartonnagearbeiter-Konferenz statt. Sie war besetzt von Delegierten aus Annaberg, Aue, Burgstädt, Chemnitz, Dresden, Falkenstein, Flöha, Grimma, Leipzig, Limbach, Plauen, Wurzen, Zeitz und Zwickau. Ferner waren anwesend der Gauleiter Pfütze aus Dresden und Kollege Harber als Vertreter des Verbandsvorstandes. Nachdem der Gauleiter die Konferenz eröffnet und Begrüßungsansprachen gewechselt worden waren, wurde das Bureau gebildet. Dies setzte sich zusammen aus O. Kohl-Dresden und R. Lohr-Wurzen als Vorsitzende und E. Mertele-Chemnitz und R. Ester-Annaberg als Schriftführer.

- Als Tagesordnung wurde bestimmt:
1. Die wirtschaftliche Lage der in der Kartonnageindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
  2. Agitation und Taktik bei Lohnbewegungen.
  3. Verschiedenes.

In das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung hatten sich die Kollegen Lohr-Wurzen und Mertele-Chemnitz geteilt. Kollege Lohr erhielt zunächst das Wort. In großen Zügen führte uns der Redner den augenblicklichen Stand der Kartonnageindustrie vor Augen. Er weist darauf hin, daß den Kartonnagearbeitern und Arbeiterinnen besonders Gelegenheit geboten sei, ihre noch so rückständige wirtschaftliche Lage zu heben. Denn die einzelnen Handelskammerberichte erzählen, daß der Geschäftsgang in der Kartonnageindustrie besonders günstig



sei und erwähnen vor allem durchgängig, wie z. B. der Stuttgarter:

„Gute Arbeitskräfte werden immer seltener; besonders schwierig ist es, geübte Arbeiterinnen zu bekommen.“

Oder der Leipziger Bericht:

„Angenehm und geschulten Arbeitskräften war stets Mangel.“

Im Berliner Bericht steht zu lesen:

„Kartonnagen. Das Geschäft war während des ganzen Jahres lebhaft. Zeitweise konnten die Wünsche der Kundschaft mangels weiblicher Kräfte nicht erfüllt werden!“  
usw. usw.

Als ein Beweis für eine gewisse Rückständigkeit ist es anzusehen, wenn die Kartonnagearbeiter und -Arbeiterinnen diese „Zeichen der Zeit“ nicht zu deuten und auszuwählen verstanden haben. Weiter geht der Redner auf das Bestreben der Prinzipale ein, die Heimarbeit noch weiter auszubauen und in größere Bevölkerungsschichten zu tragen. Dem müsse die Arbeiterschaft mit allen nur möglichen Mitteln entgegenreten.

An der Hand der nachstehenden Statistik, die allerdings Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben kann, beleuchtet Kollege Lohr die Verhältnisse der sächsischen Kartonnagearbeiter näher.

Ort	Zahl der Betriebe		Zahl der beschäftigten Personen		Lohn der männlichen Personen		Lohn der weiblichen Personen		Zahl der Betriebe, die Kinder unter 14 Jahren beschäftigen.	Arbeitszeit dieser Kinder in Stunden
	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ		
Annaberg-Buchholz	33	600	12-24	6-11	2	5-7	11-12	2	u. 10	
Aue	2	100	9-22	6-16	—	—	—	—	—	
Auerbach	3	16	15-20	—	—	—	—	—	—	
Burgstädt	9	70	13-15	10	3	3	—	—	—	
Chemnitz	68	825	14-33	4-14	—	—	—	—	—	
Dresden	68	1350	15-30	6-20	—	—	—	—	—	
Falkenstein	4	48	1)	—	4	6-10	—	—	—	
Glauchau	2	13	7-19	5-8	1	3	—	—	—	
Grimma	1	180	7,50-20	4,50-11	—	—	—	—	—	
Hainichen	2	20	5-13	6-8	—	—	—	—	—	
Hartmannsdorf	5	88	10-15	8	3)	—	—	—	—	
Göppersdorf	2	20	10-15	8	3)	—	—	—	—	
Müggenthal	3	79	7-21	5-11	—	—	—	—	—	
Leipzig	15	500	4-30	5-20	—	—	—	—	—	
Limbach	12	80	14	9	—	—	—	—	—	
Meißen	2	110	10-28	7,20-9	—	—	—	—	—	
Oberfrönsa	4	50	14	—	—	—	—	—	—	
Plauen	45	2613	17-18	3)	3)	11-12	—	—	—	
Reichenbach	1	24	18-25	10-13	—	—	—	—	—	
Rodewisch	4	20	10-18	—	ca.12	—	—	—	—	
Burgen	2	450	12-21	2-14	—	—	—	—	—	
Zittau	3	4	14-16	6	—	—	—	—	—	
Zwickau	1	10	20	7-10	—	—	—	—	—	

1) Nach Tarif 15,84—18,48 Mf.

2) Weibliche werden nicht beschäftigt, da männliche ebenso billig sind.

3) Stamm angeblich nicht ermittelt werden.

4) Mittwoch und Sonnabends 5.

Es sind also in den 23 Orten 315 Kartonnagebetriebe vorhanden, in denen 4907 Beschäftigte stehen. Die Kleinbetriebe herrschen vor, denn es kommen auf einen Betrieb im Durchschnitt nur 16 Personen, nach Abzug der wenigen Großbetriebe noch weniger. Bei den angeführten Löhnen ist auf die ungemein große Spannung — 5—33 Mf. bei den männlichen, 2—20 Mf. bei den weiblichen Beschäftigten — hinzuweisen. Das Gleiche findet sich bei der täglichen Arbeitszeit, die zwischen 8½ und 13 Stunden sich bewegt. Die vorgefundenen hygienischen Verhältnisse spotten zum Teil aller Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen. Bis zu 14 Tagen liegen die Papier- und Pappentapen herum; so lange Zeit wird der Arbeitsraum nicht gekehrt. Wasser bekommt er nur zu festzeiten mal zu sehen und dazu höchst mangelhafte Ventilation, die nicht selten überhaupt fehlt; daneben schlechte Abort- und Garderobenverhältnisse, Heberstunden- und Sonntagsarbeit und andere Mißstände. Da sei es denn endlich an der Zeit, einzugreifen mit fester Hand und Besserung zu schaffen, zum Nutzen der Kollegenenschaft, wie der Allgemeinheit.

Der zweite Referent, Kollege Reichel-Chemnitz wandte sich in seinen Ausführungen speziell gegen die geradezu erbärmliche Entlohnung der Kartonnagearbeiter. Durch die schlechte Entlohnung sei es diesen Leuten nicht möglich, den durch das inten-

sive übermäßige Arbeiten fortgesetzt steigenden Kräfteverbrauch durch nötige kräftige Nahrung ersetzen zu können. Diese chronische Unterernährung in Verbindung mit den schlechten hygienischen Verhältnissen bringe es mit sich, daß Geist und Körper frühzeitig altern und dem Siedtum verfallen. Nicht besser sondern noch schlechter stehe es in bezug auf die weiblichen Arbeitskräfte. Bei diesen kommen noch die zum Teil eminenten häuslichen Arbeiten in Frage, welche nach Feierabend verrichtet sein wollen, und von der der Arbeiter nichts oder doch nicht viel spürt.

Mit scharfen Worten geißelte der Referent weiter die sich immer mehr ausbreitende Kinderarbeit. Auch hier müsse es die Organisation, die Kollegen und Kolleginnen selbst sein, welche mit eiserner Faust dagegen fahren, wenn die Kinderausbeutung über das gesetzlich erlaubte Maß hinausgehe. Auch dieser Redner bekämpfte ganz entschieden die weiteren Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise, die Heimarbeit, indem er auf die himmelstreichenden Entlohnungen der Berliner Heimarbeitersausstellung hinweist.

Eine weitere erhebliche Schädigung, gegen die sich Unternehmer und Schülfern vereint wehren müßten, drohen der Kartonnageindustrie durch die Gefängnisarbeit. Auch dieses Uebel müsse mit der Wurzel ausgerottet werden. Eigentlich muß es verwunderlich erscheinen, daß die Unternehmer sich nicht mehr gegen diesen Auswuchs der herrschenden Wirtschaftsordnung wenden. Aber sie wissen sich schädlos zu halten, indem sie ganz einfach die Löhne reduzieren. Und dank dem Indifferentismus der Kartonnagearbeiter haben sie damit noch fast stets Glück gehabt. Er appelliert in seinen Schlussworten an die Konferenz, eine entschiedene Agitation zu entfalten, um so alle den Gefahren, welche die Kollegen und Kolleginnen der Kartonnagebranche bedrohen, gerüstet begegnen zu können.

Die Referenten legten die Resolution 1. Gauleiter Kollege Pfüke Resolution 2 vor, die beide mit zur Diskussion gestellt wurden, nachdem die Einzelberichte von den Delegierten erfaßt waren, durch die sich zeigte, daß die Verhältnisse zum großen Teil noch trauriger sind, als sie in den Referaten geschildert wurden. Die Resolutionen lauten wie folgt:

1. Resolution Lohr-Reichel: „Die am 17. Juni 1906 im Hotel „Johannesbad“ zu Limbach bei Chemnitz tagende Konferenz der in der Kartonnagebranche sächsischen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagebranche Sachsens sind allgemein sehr verbesserungsbedürftig. Die Entlohnung steht in keinem Verhältnis zu der außerordentlich ungesunden Arbeit, der überlangen Arbeitszeit und den gesteigerten Feuerungsverhältnissen. Die Heberhandnahme der Heimarbeit und die Beschäftigung von Kindern in der Hausindustrie sowohl wie in der Fabrik bergen schwere Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder, sowie auch für die weitere Entwicklung der Kartonnagebranche in sich.“

Die Beachtung und Befolgung der Arbeiterschutzgesetze, die Handhabung von hygienischen und sanitären Maßnahmen zum Schutze der im Berufe Beschäftigten genügen in keiner Weise den zu stellenden Anforderungen.

Um die wirtschaftliche Lage zu heben und die größten Mißstände zu beseitigen, bezeichne die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den gesteigerten Lebensmittelpreisen und der Arbeitsleistung entsprechende Erhöhung der Löhne.
2. Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 9 Stunden.
3. Beachtung der Arbeiterschutzgesetze und Einrichtung besserer sanitärer Verhältnisse.
4. Die Errichtung einer provisorischen Zentralfstelle, der die Aufnahme einer das Deutsche Reich umfassenden Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kartonnagebranche, sowie die Sammlung von allem zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage geeigneten Material zu übertragen ist, um damit die nötigen Unterlagen für eine allgemeine Kartonnagearbeiter-Konferenz zu schaffen.

Um diese Ziele verwirklichen zu können, ist die Stärkung der Organisation das Hauptverlangen. Es verpflichten sich deshalb die Delegierten der Konferenz, unausgesetzt für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein.

An gesetzlichen Maßnahmen fordert die Konferenz:

1. Verbot der Heimarbeit;
2. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren;
3. Einführung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für Arbeiterinnen.

Die Erreichung dieses Zieles muß Aufgabe der gesamten Kollegenchaft sein.“

2. Resolution Pfüke: „In Erwägung, daß unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in fast allen Orten Sachsens die denkbar traurigsten sind, halten es die Delegierten der Konferenz und des Gautages für dringend notwendig, in ihren Orten dahingehend zu wirken, daß die Vorbereitungen, Forderungen stellen zu können, geschaffen werden.“

Als dringend notwendige Vorarbeiten, eine Lohnbewegung erfolgreich durchzuführen zu können, erachten die Delegierten die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse durch Aufnahme einer Ortsstatistik, die gemeinsam betriebene Agitationsarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder durch alle befähigten Berufsangehörigen, schnellste Berichterstattung an den Gau- und den Verbandsvorstand. — Bei Einrichtung von Forderungen ist zu versuchen, durch gegenseitige Verständigung mit den Arbeitgeberorganisationen Tarifabschlüsse zu erzielen. Ist dies unmöglich, muß, bevor in den Streik getreten wird, mit den Einzelunternehmern versucht werden, auf dem Wege der Verständigung Zugeständnisse zu erreichen.“

Bei allen diesen Maßnahmen ist jedoch die schärfste Überwachung der Handlungen unserer Arbeitgeber geboten, um eventuelle gestrichelte Schläge gegen uns parieren zu können. Werden alle diese Notwendigkeiten beachtet, wird sich die einzuschlagende fernere Taktik von selbst ergeben.“

Hierauf referiert Gauleiter Pfüke über: „Agitation und Taktik bei Lohnbewegungen.“ Und dieses Referat fand die vollste Zustimmung der Konferenz.

Nun wurde die Diskussion eröffnet und die vorliegenden Anträge von den Delegierten der antragstellenden Orte begründet und mit zur Diskussion gestellt.

Reisler-Buchholz plädiert für Einführung des Staffelsbeitrages. Diesen Antrag bekämpft Schröder-Leipzig. Sein Chemnitz ist verwundert, daß die Kinderausbeutung noch in solch erschreckendem Maße vorherrsche, wie sie von den Referenten geschildert wurde. Er schließt mit den Worten: „Wo bleibt da die Polizei?“ Hierauf teilt der überwindende Beamte dem Vorstehenden mit, daß er die Sache weiter geben und in Planen der Behörde Anzeige erstatten werde.

Werner und Kroll-Dresden drücken ihre Sympathie mit den Staffelsbeiträgen aus.

Klinker-Falkenstein bekämpft ihn. Lohr-Burgen behandelt die Resolutionen und bittet um deren Annahme.

Reichel-Chemnitz spricht sich für höhere Beiträge und Einführung einer Erwerbslosenunterstützung aus.

Von den vielen Neußerungen der zahlreichen Diskussionsredner, die zum Teil auch gegenseitig polemisierten, mögen noch die O. Kroll-Dresden und Pfüke-Dresden folgen. Kroll führte aus, daß der Postvereinerverband mit niedrigen Beiträgen die Kollegen herangezogen und seine Mitglieder dann an höhere Beiträge gewöhnt habe. Nicht das Geld sei die Hauptsache für die Verbände, sondern die Mitglieder. Bei vorkommenden Streiks müßten die Unorganisierten, die nichts dem Verbands geleistet haben, doch auch unterstützt werden; sei es da nicht viel besser, ihnen durch einen niedrigen Beitrag Gelegenheit zum Eintritt in den Verband zu geben? Wer hohen Lohn habe, solle hohe Beiträge zahlen, wer niedrigen Lohn habe, von dem soll ein geringerer Beitrag erhoben werden.

Pfüke ist der Meinung, daß die ganze Sache hätte anders erledigt werden können. Keiner der Diskussionsredner sei auf die Resolutionen eingegangen. Es müßten Mittel und Wege geschaffen werden, um die jüngere Generation in den Verband hereinzubringen. Bezüglich des Staffelsbeitrages bemerkte Redner, daß diese Frage nicht so leicht zu regeln ist. Das beweisen auch die Freunde der Staffelsbeiträge, die bis jetzt noch nicht durch eine Vorlage die praktische Durchführbarkeit dargelegt hätten. Pfüke polemisiert dann noch gegen von O. Kroll gemachte Ausführungen.

Nachdem die Diskussion erschöpft ist, nimmt Kollege Harber Berlin das Wort. Er habe auf der Konferenz einen Einblick in die Verhältnisse der Kartonnagebranche erhalten, wie ihm das noch nicht geboten gewesen. Er wolle dem Verbandsvorstand ein möglichst getreues Bild davon unterbreiten. Die Resolutionen empfahl er zur Annahme. Die Allgemeine Deutsche Kartonnagekonferenz sei nicht aufzuschieben, sondern nur verhältnismäßig aufzuschieben. Die sächsische Konferenz habe vorgearbeitet, die deutsche werde einen weiteren Schritt machen.

Die Resolutionen werden hierauf einmütig angenommen. Die Zentralfstelle (Resolution 1) sollen die Kollegen Pfüke, Werner und O. Kroll, sämtlich in Dresden, bilden.

Mit 10 gegen 9 Stimmen findet der etwas abgeänderte Antrag Annaberg-Buchholz Annahme, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Konferenz wolle beschließen, zu dem im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstage den Antrag einzubringen, den Beitrag der männlichen Mitglieder in mehreren Beitragsstaffeln einzuführen.“

An Stelle eines Zeiger Antrages wird folgender, von Reichel-Chemnitz eingebrachter Antrag angenommen:

„Die Geschlossen in den einzelnen Orten haben dafür zu sorgen, daß da, wo die Bezahlung der jugendlichen Arbeiter von den Aufordrern der Kartonnarbeiter erfolgt, dieses in Zukunft zu besichtigen ist und die Bezahlung durch den Unternehmer zu erfolgen hat.“

Einstimmige Annahme fand noch ein Antrag Zeiß, der verlangt

„Einführung von Lohnauschüssen, welche die Affordpreise im Voraus mit festsetzen oder bestimmte Affordtarife mit dem Arbeitgeber gemeinschaftlich aufzustellen haben.“

Da im „Verschiedenen“ niemand das Wort begehrt, nimmt Kollege Pfitze das Schlußwort. Er bittet die Delegierten, das zu beherzigen, was auf der Konferenz behandelt und beschlossen wurde und hinauszutragen in die Kollegenkreise; ferner bittet er um Unterstützung der gewählten Zentralfstelle, damit der nächsten Konferenz eine gute Statistik vorgelegt werden könne. Weiter bemerkte er, wenn auch scharfe Worte mit gefallen, so müsse doch anerkannt werden, daß mit Sachlichkeit verhandelt worden sei. So solle weiter gearbeitet werden, dann werde es auch mit den Verhältnissen in der Kartonnagebranche besser werden.

Der Vorsitzende dankte den Limbacher Kollegen für die von ihnen geleisteten Vorarbeiten für die Konferenz und wurde diese dann geschlossen. Chemnitz. E. Merkel.

**Lohnbewegungen.**

**Nachstehende Firmen sind gesperrt: A. Ulrichs und Tonnar in Aachen, Bösch in Annaberg, A. Suf in Berlin, Fiebig, Gehaner und Schröder in Breslau, Schäffer in Grünstadt, J. Heinrich in Lufentwale, A. Wöhorn in Offenbach a. M., Görlich in Spremberg, J. C. Miegler und C. F. Maier in Solingen, Zimmermann u. Ko. in Düsseldorf.**

**In Luzern (Schweiz) sind gesperrt die Betriebe J. Gilg, R. Bürgisser, J. Weiland, P. Günter, C. Fat und Leibacher.**

**Zugung ist fernzuhalten von Erlangen, Fürth, Nürnberg, Spremberg, Berlin, Leipzig und Stuttgart.**

**Spremberg.** Leider ist es der Firma Görlich gelungen, einige Arbeitswillige zu bekommen. Einer derselben wurde eines Abends von uns angehalten und er ersucht, an irgend einem Abend zwecks einer Besprechung mit uns zusammen zu kommen, was er jedoch brüsk ablehnte. Auf weitere Vorstellungen erklärte er, daß er überhaupt nicht gesonnen sei, mit den Streikenden in Verhandlungen zu treten, denn er bekäme den tarifmäßigen Lohn (22,50 Mk.), die Arbeitsordnung kimmere ihn wenig und wenn wir deshalb streikten, dann sei es unser eigener Schaden. Diese seine Herzensergüsse begründete er mit den Worten: „Jeder ist sich selbst der Nächste!“ Er gab weiter an, schon selbst einmal Meister gewesen und Mitglied des österreichischen Verbandes zu sein.

Eine Episode in unserem Auslande verdient besondere Beachtung. In einem Abend stellten wir uns in der Nähe des G.'schen Betriebes auf, um einen Ueberblick über die insgesamt dort Beschäftigten zu gewinnen. Als man nun unsere Aufmerksamkeit bemerkte, wurde folgender Streich gegen uns in Szene gesetzt. Den beiden Arbeitswilligen Str. und B. wurde der ältere Kontorlehrling, sowie der 14-15 Jahre alte Sohn des Herrn G. mit auf den Weg gegeben, wahrscheinlich als Bedeckung. 20 bis 25 Minuten hielten sich die beiden Nachfolger in unserer Nähe auf und benahmen sich derart, daß es uns zur Gewissheit wurde, daß es nur darauf abgesehen sei, uns zu unbedachten Äußerungen hinzureißen. Diese kindlichen Vergügungen waren jedoch erfolglos, denn keiner von uns ging in die uns gestellte Falle. Ob den beiden Selben, die sich da vergeblich bemühten, uns eine Niederlage beizubringen, die dafür verwendete Zeit als Extralohnung auch extra vergütet wird? Oder erhalten sie vielleicht eine Prämie aus der Strafkasse? Dem steht ja nichts im Wege, da lt. Arbeitsordnung die Strafgelder der im Betriebe beschäftigten zugute kommen soll. (N.B. Wir haben von den Strafgeldern allerdings nie etwas gesehen, denn diese wurden einmal teilweise dem ev. Männer- und Jünglingsverein übergeben.)

**Situationsbericht zur Lohnbewegung in Nürnberg, Fürth und Erlangen.**

Gemäß den Beschlüssen des außerordentlichen Goutages, der im April tagte, bereiteten wir eine Lohnbewegung vor. Alle drei Städte hatten bei der vorangehenden Agitation einen ungünstigen Erfolg. Alle Umstände deuteten darauf hin, in diesem Jahre würde die Kollegenenschaft der drei Städte für sich etwas herauszuschlagen, event. einen Tarifabschluß mit den Unternehmern vereinbaren können.

Zust als wir zum Losschlagen bereit waren, überfiel uns das Unternehmertum der Tarifstädte, so daß wir in der Erkenntnis, den Tarifforderungen nicht hindernd in den Weg zu treten, unsere Bewegung vorsichtiger einleiten mußten. Wir waren uns klar, daß unter solchen Verhältnissen einen Kampf zu wagen, ein verhängnisvolles Spiel gewesen wäre. Hätten wir nach unserem Empfinden handelt können, fürwahr, Kollegen Deutschlands, unser Unternehmertum in Gestalt der Kleinbuchbinder, Kartonnagenfabrikanten, hätte sich uns gegenüber nicht die Freiheit erlauben dürfen, als diese es getan.

Daß diese das tun konnten, gestehen wir es uns ein, lag daran, daß die Unternehmern genau wußten, durch die Kämpfe in den Tarifstädten brauchten sie am Orte einen Kampf (Streik) nicht zu fürchten.

Wislang hatten die hiesigen Innungsmeister und Kartonnagenfabrikanten von Nürnberg-Fürth mit uns noch immer verhandelt. Daß sie diesmal eine andere Stellung einnahmen, suchten die Herren damit zu erklären, indem sie uns mitteilten: „Der eingereichte Tarif lasse eine gegenseitige Verständigung nicht zu, dieser Tarifentwurf könne unmöglich von Leuten ausgearbeitet sein, die die örtlichen Verhältnisse kennen.“ Eine schamlose Beleidigung, die wir hinnehmen mußten, ohne die deutliche Antwort geben zu können, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft unserer Verufe gewillt war, diesem Tarifentwurf Geltung zu verschaffen.

Diese Antwort ist um so ntederträchtiger, wenn man bedenkt, daß in einer allgemeinen Versammlung der Innungsmeister und Kartonnagenfabrikanten zwei Vorlagen von einzelnen Meistern dieser Versammlung unterbreitet wurden, die von der unserigen zum Teil gar nicht viel abwichen.

In dieser allgemeinen Arbeitgeberversammlung unserer Branchen wurde zwar eine „Lohnkommission“ gewählt, die aber anscheinend ganz anderen Zwecken zu dienen hatte, als ihr Titel besagt. Wir stellen zunächst fest, daß diese Lohnkommission in keiner Weise uns bekannt gegeben wurde. Nur von befreundeter Seite erfuhren wir schon am Tage nach der Tagung der Versammlung von der Wahl der Lohnkommission der Arbeitgeber, wie uns auch von ihr obenbezeichnete Tarifvor schläge der einzelnen Fabrikanten zugestellt wurden. In dem guten Glauben, es wirklich mit einer Kommission zu tun zu haben, die dem Titel gemäß mit der Lohnkommission von uns gemeinsam die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln sollte, beantragten wir eine gemeinsame Sitzung, die auch am 30. Juni stattfand. Nachdem unser Vorsitzender, Kollege Weiß, unsere Tarifvorlage erläutert hatte, wurde von den Unternehmern die Erklärung abgegeben, die Herren hätten sich zu einem Unternehmerverband zusammengeschlossen. „Mit dem Deutschen Buchbinderverband könne man einen Tarifvertrag nicht abschließen usw.“ (Begründung: Flugblatt des Buchbinderbesitzerverbandes.)

Man sie aber gern bereit, sofern Lohnzulagen gewünscht werden, diese Wünsche wohlwollend zu prüfen. Es werde jedem Unternehmer überlassen, mit seinen Leuten diese Frage selbst zu regeln. Als wir sahen, daß mit dieser gewählten „Lohnkommission“ an eine gegenseitige Verständigung nicht gedacht werden konnte, gaben wir eine dementsprechende Erklärung ab.

In welcher Weise nun die gewählte „Lohnkommission der Arbeitgeber“ ihrem eigentlichen Zwecke dienete, erfahren wir aus einer am 5. Juli stattgefundenen, von obiger Kommission einberufenen allgemeinen Arbeitgeberversammlung, von welcher die „Frankische Tagespost“ (Organ der Arbeiterpartei) folgendes zu berichten weiß:

„Die Scharfmachers-Kommission im Buchbinder-gewerbe. In einer von der Buchbinderinnung am 19. Juni abgehaltenen Arbeitgeberversammlung der Buchbinderbranche wurde eine Lohnkommission von zehn Meistern gewählt. Wer nun geglaubt hat, daß diese Lohnkommission der Arbeitgeber gewählt wurde, um mit der Lohnkommission der Arbeiter auf Grundlage des eingereichten Tarifs zu verhandeln, der irtet sich gewaltig. Zu höheren Zielen war diese Kommission geboren. Großmachtsziel war ihre Lösung! Schon am 30. Juni erhielten wir in gemeinsamer Sitzung die Mitteilung, die Herren hätten sich zu einem Unternehmerverband zusammengeschlossen. Am 5. Juli berief diese Kommission die Herren Buchbinderbesitzer, Kartonnagenfabrikanten erneut zu einer allgemeinen Ver-

sammlung zusammen, in welcher der Vorsitzende der Kommission, Herr Kullig, bergweilert ausrief: „Der stolze Trid zieht nicht.“ Die Kommission hatte in ihrer Einladung gesagt: Die Beschlüsse der Versammlung seien event. auch für die Nichtanwesenden bindend. Auf solche dumme Tricks, ihr Herren, sind doch überhaupt kein vernünftiger Mensch mehr hinein. Von 186 Eingeladenen hatten denn auch nur 52 dem Rufe Folge geleistet. Interessant sind die vorgeschlagenen „Steuern“ und „Arbeits-Einstellungsunterstützungen“. Auch hierbei verweigert das Groszkapital seine Ausbeutungsgefühle nicht, auch hier muß der Arbeiterbemittelte mehr blechen.

Bei fünf beschäftigten Personen im Betrieb wird pro Kopf und Monat 20 Pf. verlangt, bei zehn Personen pro Kopf und Monat 15 Pf., bei 21 Personen und mehr pro Kopf und Monat 5 Pf., so daß diejenigen, die über 21 Personen beschäftigten, bedeutend weniger zahlen als solche, die nur 14 bis 20 Leute beschäftigen. Im Verhältnis viel mehr müssen die Kleinbetriebe, die bis zu fünf Personen beschäftigen, blechen. Und da wundert man sich noch, daß der Sumpfsfang nicht gelingen will! An Unterstützung erhalten die Unternehmer, je nach der Zahl der Beschäftigten, 8 bis 65.—Mk. Und ist die Kasse wirklich mal bleich, dann sind Milionäre vorhanden, die untertützend eingreifen werden, wurde versichert.

Diese Arbeitslosenunterstützung der Unternehmer soll sechs Wochen lang gezahlt werden. Wohlthät, welche verlockenden Ausbitten für Kleintrauter mit 8 bis 10 Mk. Unterstützung pro Woche! Kein Wunder denn, wenn alles Feuer und Flamme dafür war gegen die Arbeiterschaft der Buchbinderbranche Sturm zu laufen. Im ein klein wenig ungeschickliche Handlung kommt es ja den Unternehmern dabei nicht an. So wurde beschlossen, Entlassungscheine einzuführen. Nur solche entlassene Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit einem solchen Entlassungschein ausgerüstet sind, sollen ferner in Verbandsbetrieben Aufnahme finden. Konventionalstrafen von 50 Mk. sollen diejenigen Unternehmer zahlen, die gegen das Statut verstößen oder Streikende in Arbeit nehmen. Wir wollten mit den Beschlüssen der Arbeitgeberversammlung, die von der Lohnkommission der Arbeitgeber einberufen war, nur zeigen, wie eine „Lohnkommission der Arbeitgeber des Buchbinder-gewerbes“ es versteht, ihrem Titel und dem gewählten Zwecke entsprechend, sich zu Ehren zu bringen.

Fürwahr eine würdige Lohnkommission, die ihren Hauptzweck darin findet, eine Scharfmacherkommission zu sein. Auch diese Herren werden sich die Hörner bei Zeiten noch abstoßen.“

Daraus geht für uns zur Genüge hervor, wohin die Fahrt geht. Nach berühmten Mustern glauben unsere hiesigen Prinzipale ihre Arbeiterschaft niederrümpeln zu können. Doch darin werden sich diese Herren arg täuschen. Stehen wir auch zurzeit Gewehr bei Fuß, so kommen wir doch mit dem Augenblick wieder, wo wir den Zeitpunkt für geeigneter halten.

Die kleinen Zugeständnisse, die unseren Berufsangehörigen bis jetzt gemacht wurden, nehmen wir als Abschlagszahlung, auf die Dauer können uns diese jedoch nicht befriedigen.

Erwähnen wir noch die traurige Tatsache, daß in der Arbeitgeber-Lohnkommission Leute sich befinden, die früher in unseren eigenen Reihen an erster Stelle gestanden, wie die Herren Kullig, Bartels, Schmidt, Selbmann, Weigel. Solche Handlungen sind schwer zu verstehen. Doch lassen wir diesen Leuten ihren traurigen Ruhm. Sie haben jetzt durch ihre Beschlüsse gezeigt, daß ihre immer in den Vordergrund gerückte Arbeiterfreundlichkeit einem rabenschwarzen Herzen entspringt. Fastlich wie die Nacht sind diese entlarbten Arbeiterfreunde.

In den Kunstanstalten, wo die Arbeitsverhältnisse (Ständige Arbeitszeit) unseren Forderungen entsprechen, ist nur eine Aufbesserung der Löhne dringend vonnöten. Dieses zu regeln haben die Herren Kunstanstaltsbesitzer zugesagt mit dem Augenblick, wo diese Betriebe wieder voll beschäftigt werden. Gemeint ist damit, wenn die Ausperrung der Lithographen und Steinrunder beendet ist. Wir werden ein wachsam Auge darauf verwenden, ob dieses geschieht. In ungenügenden Falle dürfen auch diese Herren überzeugt sein, daß wir wiederum bei ihnen anknöpfen. In Erlangen, wo die dort vereinigten Prinzipale nur mit den Arbeitersauschüssen in gemeinsamer Sitzung verhandeln wollten, hat man prinzipalseitig die Entdeckung gemacht, daß die Arbeitersauschussmitglieder zu sehr die Verbandsinteressen vertreten haben. Auch die dortigen Prinzipale glauben, den Deutschen Buchbinder-Verband nicht anerkennen zu sollen. Als fader Ausrede nur kam dieses Benehmen betrachtet werden. In allen 3 Städten zeigt sich wieder, was sich in der Arbeiterbewegung schon wiederholt ge-



zeigt hat, nämlich, daß von dieser Seite Zugeständnisse keiner Art gemacht werden, so lange nicht die Macht der Organisation dahinter steht. Gerade hier zeigt sich, daß es nicht allein auf den guten Willen, in den Kampf zu ziehen, ankommt, sondern daß auch der finanzielle Untergrund vorhanden sein muß. Die Klugheit läßt es uns rasam erscheinen, jetzt die Bewegung abzubrechen. Doch wird es eine Hauptaufgabe der 3 Städte sein, in ständiger Fühlung mit unserem Verbandsvorstand zu bleiben. Die Lohnkommissionen und örtlichen Verwaltungen haben ihr ganzes Können darauf zu richten, die noch fehlenden Reserven dem Verbandsvorstand zuzuführen und die Neugewonnenen zu erhalten. Wenn in dieser Richtung alle befähigten Kollegen ihre Schuldigkeit tun, werden wir später das Herauszuholen in der Lage sein, was uns bis jetzt nicht vergönnt war. Darum auf, agitiert, damit die Zahl der Kämpfer noch größer werde und wir im gegebenen Moment noch schlagfertiger dastehen als jetzt.

**Korrespondenzen.**

**Darmen.** Am Sonnabend, den 30. Juni, fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Kollege Grefrath. Laut demselben haben im letzten Quartal stattgefunden 5 Mitglieder-, 1 öffentliche und 1 Generalversammlung. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in vier Vorstandssitzungen und einer Sitzung mit dem Vorstand der Zahlstelle Eberfeld und je einer Sitzung mit der Agitations- und Vergnügungskommission. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Anfang des Quartals 36, am Schlusse 45, also neu hinzugekommen 9. Nach Erledigung des Geschäftsberichtes gab der Kassierer Köffelholz den Kassenbericht. Demnach wurden nach Berlin gesandt 158,83 M., ebenfalls noch 27 M. von Sammellisten. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 245,74 Mark. Auf Antrag Wolf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde ein Mundschreiben des Gaubovormanns gelesen. Der Antrag der Zahlstelle Köhn, vom Zentralvorstand einen Referenten für Rheinland und Westfalen zu erwählen, wurde abgelehnt. Dem zweiten Schreiben, den allgemeinen Arbeitsnachweis betreffend, wurde zugestimmt. Nach Erledigung einiger Lokalanangelegenheiten schloß der Vorsitzende die von 23 Kollegen besuchte Versammlung.

Wir wollen es nicht unterlassen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß der Versammlungsbefuch ein noch besserer sein muß. Man sieht immer ein und dieselben. Wir glauben doch, daß ein jeder Kollege es als seine Pflicht anerkennen muß, in solch einer ersten Zeit zur Stelle zu sein und alle 14 Tage einmal in die Versammlung zu kommen, da zu mitzuwat. Wir wollen hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf und daß in der nächsten Versammlung jeder Kollege zur Stelle ist.

**Mathenow.** In unserer am 2. d. M. stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Garber-Berlin über „Die Vernichtung des deutschen Buchbinder-Verbandes und was ist dagegen zu tun?“

Nedner gab uns ein getreues Bild von dem Gergang und dem Stand der Bewegung, dabei die Erscheinungen anfeuernd, den Ausgesperrten die unbedingt nötige Unterstützung nicht zu versagen, sondern ihr Teil dazu beizutragen, daß der endgültige Sieg auf unserer Seite ist.

In der Diskussion ergriffen die Kollegen Wittstod und Stübung das Wort, um die Angehörigen der Zahlstelle ebenfalls zu ermahnen, ihre Schuldigkeit zu tun. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß es jetzt 10 Jahre her sind, daß sich die Mathenower Stuisarbeiter auf ihre Pflichten besonnen und sich einer Organisation angeschlossen hätten. Von den ersten Gründern der Zahlstelle gehörten jetzt noch fünf derselben an.

Nach weiterer Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

**Hensburg.** In der am 7. Juli stattgefundenen Monatsversammlung machte sich die Interessenlosigkeit verschiedener Kollegen recht bemerkbar durch eine sehr schwach besuchte Versammlung. Unter anderem wurde vom Vorsitzenden angeführt, daß die Beiträge durch die Ausperrung in den drei Tarifstädten um 20 Pf. vom Zentralvorstand erhöht worden sind. Nach Bekanntgabe dieses wurde vom Kollegen Thomassen angeregt, einen Extrabeitrag zu erheben, sodas sich der wöchentliche Beitrag während der Ausperrung auf 1 M. beläuft. Dies wurde einstimmig angenommen. Kollege Heitmann empfahl eine fleißige Benutzung der Sammellisten. Ferner war vom Gauvorsteher ein Schreiben eingegangen, betr. der Fragebogen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Da der Gauvorstand Nedner zur Verfügung stellte, wurde beschlossen, einen Referenten kommen zu lassen und durch die hiesigen Lokallisten bekannt zu geben, daß eine öffentliche Buchbinder-versammlung stattfinden solle mit dem Thema: „Die Ausperrung im Buchbindergewerbe in den drei

Tarifstädten Berlin, Leipzig und Stuttgart. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Ghemnitz.** In der letzten Zahlstellenversammlung vom 7. Juli erstatteten die Delegierten des in Limbach stattgefundenen Goutages und der Martonagearbeiterkonferenz Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen und über die empfangenen Eindrücke. Nicht bekannt wurde, daß die Bedeutung der Martonagearbeiterkonferenz die des Goutages weit übertraf. Mit desto mehr Befremden wurde deshalb konstatiert, daß der schon längst eingeschanderte ausführliche Bericht über die Martonagearbeiterkonferenz noch nicht erschienen ist. Von ihm versprachen sich die Kollegen eine gute Agitationswirkung. Nachstehende Resolution wurde darauf gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige Versammlung der Zahlstelle Ghemnitz nimmt Kenntnis von dem Bericht der Martonagearbeiterkonferenz in Limbach und drückt gleichzeitig ihr Bedauern darüber aus, daß der Bericht nicht bereits in der „Buchbinder-Zeitung“ gestanden hat. Wir stehen jetzt wieder vor einer Lohnbewegung, und dieser Bericht, wäre er als Beilage zur „Buchbinder-Zeitung“ erschienen, hätte eventuell ein gutes Agitationsmaterial dazu gegeben. Wenn von den Mitgliedern resp. den Funktionären der Zahlstelle eine schnelle Berichterstattung verlangt wird, so muß wohl erwartet werden, daß auch von der Redaktion schnell berichtet wird.“

**Annaberg-Buchholz.**

Ein Stimmungsbild.

... So degeneriert, wie sie gewöhnlich hingestellt werden, sind sie nun nicht, im Gegenteil: die Martonagener Arbeiter sind die intelligentesten Arbeiter in Annaberg-Buchholz.

(Wetter, statt des Konferenz Limbach.)

Bei Gelegenheit und im Anschluß an die Konferenz unserer sächsischen Kollegen hatte ich für einige Versammlungen die Berichterstattung übernommen. Von seiten der Bezirksleitung war demzufolge die Einberufung solcher in Annaberg-Buchholz und in Aue veranlaßt worden. Im nachstehenden soll nun nicht ein ausführlicher Bericht über den Besuch, Verlauf usw. der Versammlungen gegeben werden (von Aue könnte ich das selbst beim besten Willen nicht, da dort von einhundert Berufsangehörigen ganze zwei erschienen waren), sondern ich will versuchen, die während meiner kurzen Anwesenheit in Annaberg-Buchholz gewonnenen Eindrücke zum Nutzen unserer Organisation und zum weiteren Ansporn unserer dortigen Kollegen kurz zu skizzieren.

Satte ich auch mit nicht zu großen Hoffnungen die Fahrt nach meinen heimatlichen Benaten des oberen Erzgebirges angetreten, so sollte mir doch bald nach meiner Ankunft klar werden, daß ich dieselben noch um mindestens 50 Proz. werde rebugieren müssen — denn die hochwohlweise Stadtverwaltung hatte des gebatnen schlechten Wetters wegen, das sich zu bessern anfing, die Verlängerung der „Mät“ (Wolfsfest a la Vogelwiese o h u e Vogelstärchen) um einen Tag zu genehmigen geruht. Von dieser Extrawurst mußte selbstverständlich auch „ausgiebiger“ Gebrauch gemacht werden, und wer etwa die Frechheit besessen hätte, unseren Martonagearbeitern zugumuten, ihr Interesse für die von der Konferenz gefassten Beschlüsse durch einen Massenbesuch zu beweisen, der hätte mit ziemlicher Sicherheit als ein unverschämter, niederträchtiger und brutaler Mensch eine „kräftige“ Abfuhr erlitten. Es stand und steht doch weiter nichts als „die Existenz der Zahlstelle auf dem Spiele“, weshalb sich doch niemand ernstlich zu bemühen braucht, den vollständigen Zusammenbruch derselben zu verhindern. Sätte man damit nicht zugleich auch ein vortreffliches Argument für die Notwendigkeit des Staffelleitrages gefunden? Zu dieser Anschauung wird man gedrängt, wenn man die Art der Begründung des auf Einführung von Staffelleitragenden Antrages der Zahlstelle Annaberg-Buchholz, den Besuch und die Diskussion der Versammlung vom 18. Juni, sowie die „Begeisterung“, die die Mitglieder in Annaberg-Buchholz befecht, kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat. Ich rede hier ausdrücklich von der Begründung des Staffelleitrages-Antrages. War dieselbe eines- teils äußerst oberflächlich, so entbehrte sie andererseits nicht nur jeder materieller Grundlage, sondern auch jedes Beweises für die aufgestellten Behauptungen. Genau wie für alle anderen Industrieorte und Gebiete, haben die angegebenen Scheingründe auch für Annaberg-Buchholz vollständig daneben, denn: — ich warte hier nur mit Aussagen leitender Annabergener Mitglieder auf, — „die jüngeren Kollegen bezahlen die „hohen“ Beiträge ganz gern“ und: „die älteren sind auch mit niederen Beiträgen nicht für die Organisation zu gewinnen, weil sie wirtschaftlich so gestellt seien, daß sie einer

hebung ihrer Lebenslage durch die Organisation nicht bedürfen.“ Hier haben wir also schon in etwas die direkte Bestätigung dafür, daß in den angeblich so hohen Beiträgen der jetzt eingetretene Mitglieder-schwund nicht zu suchen ist. An eine bezügliche Entstellung der wahren Tatsachen grenzt es daher, wenn ein Annabergener Vertreter auf der Konferenz den Rückgang der Mitgliederzahl (wohlgemerkt, nur der von Annaberg-Buchholz!) mit der Einführung des 45 Pf.-Beitrages vom 1. Oktober 1904 zu identifizieren versuchte. Wäre die Einführung des 45 Pf.-Beitrages die wirkliche Ursache des — übrigens nur geringen — momentanen Verlustes an Mitgliedern gewesen, wie hätte man denn dann ein volles Jahr später die Frage einer Lohnbewegung ernsthaft ins Auge fassen können? Bei der Berücksichtigung der vor-jährigen Lohnbewegung zwingt sich dem aufmerk-samen Leser wohl ganz unwillkürlich die wirkliche Ursache der Mitgliederabnahme in der Lohn-bewegung selbst auf, und wenn wir näher hin-suchen, so finden wir denn auch, daß der Beginn der Mitgliederflucht zeitig mit dem Beginn der Lohn-bewegung zusammenfällt, daß also schon der erst ein-geleitete Versuch, geregelte und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Berufsangehörigen zu schaffen, was führte, einen unter schweren Opfern gewonnenen Teil der Mitglieder dem Verbands wieder zu entreißen. Doch lassen wir auch hier ein-wandfreien Zeugen das Wort. Kollege Förster, der doch seine Pappenheimer kennen muß, führte in der Versammlung fast wörtlich folgendes aus: „... Den Nagel auf den Kopf getroffen hat aber der Referent, wenn er sagt, daß nicht in der Beitragerhöhung, sondern lediglich in der ein-getretenen Lohnbewegung, die unsere Kollegen ein-mal ins Feuer der Gegner bringen sollte, die wirk-liche Ursache der jetzt noch anhaltenden Abnahme der Mitgliederzahl zu suchen sei.“

Berücksichtigen wir weiter, daß das Fiasko der Lohnbewegung noch besiegelt wurde durch das Zurück-treten des Bevollmächtigten von der Verwaltung, daß Unternehmervergeltung und Kollektivwillkür sonst gegen-teilige Wirkungen, als da sind: Mut und Ent-schlossenheit, Energie und Kampfesfreude, nämlich: Feigheit, Bankehmütigkeit, Angst und Furcht hervor-rufen, so erklärt es sich auch zum Teil, daß die Annabergener Kollegen die einzige Ursache des Rück-ganges der Bewegung nicht zu erkennen vermögen und sich irrträglicherweise auf ihr Staffelleitrages-Stedenpferd festgesetzt haben. Warum und weshalb die Annabergener Mitgliedschaft so beharrlich an der Durchführung ihrer Forderung, der doch durch die eben angeführten Aussagen derselben Annabergener Kollegen jede Berechtigung genommen ist, festhält, das findet zum anderen Teil seine Erklärung in dem Umstande, daß die unorganisierten Martonagenerarbeiter durch ihre fortgesetzten Prüde-bergereien mit den „zu hohen Beiträgen“ unsere Leute von der Uebermüdigkeit der Söhne der Beiträge so successive überzeugt haben, daß sie derartige Ausreden für bare Münze nehmen. Dann ist es auch selbstverständlich, daß man mit dem fort-währenden Hinweis, „die Beiträge sind für Euch viel zu hoch“, sich keinen Stamm opferfreudiger und kampfesmutiger Kollegen ziehen kann, daß man mit derartigen Manipulationen vielmehr das Tun oder Lassen dieser Sorte „oberfläurer Kollegen“ für be-rechtigt anerkennt, ihre Prüdebergerei geradezu protegiert. Was soll es sonst anderes bedeuten, wenn in öffentlicher Versammlung die direkt zum Aus-tritt aus dem Verband auffordernde Erklärung ab-gegeben wird: Mit der Erhebung eines Extrabeitrages (für unsere im Stampe stehenden Brüder!) sei eine Garantie für das Weiter-bestehen der Zahlstelle nicht gegeben?

Nicht niedere Beiträge, sondern vor allen Dingen mehr Lust und Freude an der Organi-sations- und Agitationsarbeit und mehr Aufklärung, mehr Klassenbewußtsein, das ist, was in der Hauptsache der Gesamtheit der Annabergener Kollegen fehlt.

Den fortwährenden ungeschicklichen Ausweisungen unserer minderjährigen Kollegen aus den öffentlichen Versammlungen hätte die Annabergener Leitung schon im Interesse ihrer Selbsterhaltung längst einen Damm entgegenzusetzen müssen. Es kann keineswegs ge-nügen, die ungeschicklichen Handlungen hier und da ein-mal in der Presse festzumachen, sondern es muß da-gegen der instanzmäßige Widerspruch werden, eventuell bis ins Ministerium, beschritten werden. Daß dies noch nicht geschehen ist und wir wohl ohne weiteres annehmen können, daß alle Gewerkschaften Annaberg in dieser Sache gleichmäßige Behandlung finden, so gewinnt es den Anschein, als wenn auch das Gewerkschaftskartell nicht so recht auf seinem Posten wäre. Die Entscheidung darüber, ob eine von den Gewerkschaften einberufene Versammlung „vor-läufig“ — wie sich der Ueberwundenen auszudrücken beliebt — den Charakter einer politischen Ver-sammlung trägt, muß den unteren Polizeibehörden genommen werden.

Noch ein Moment gehört hervorgehoben zu werden. Im Laufe der Diskussion bemühte sich ein Redner, die Stolleger von der Nützlichkeit der Gründung eines Kartonnarbeiterverbandes zu überzeugen. So einwandfrei, wie Form und Inhalt der Ausführungen der Redner waren, so muß ich doch gestehen, daß das Auftauchen dieser Frage in Annaberger-Buchholz eine mehr denn niederschmetternde Wirkung auf mich ausübte. Bis zum St. Nimmerleinstag könnte bei Verwirklichung dieser Idee die Annaberger Stolleger selbst auf den kleinsten Erfolg warten. Ist den älteren Annaberger Stolleger nicht mehr erinnerlich, daß sie sich — während der Dauer des Sozialistengesetzes wenigstens — bei sehr niedrigen Beiträgen ihrer für sie zuständigen Organisation, dem Fachverein der Buchbinder und verw. Berufsgenossen hätten anschließen können? Die Geschichte dieses Vereins, der es in seiner Blütezeit kaum über ein halbes Hundert Mitglieder gebracht hat, läßt uns mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die vollständige Unfähigkeit zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen des projektieren Organisationsdenkens erkennen.

Darum fort mit all Eurer Grubelei, sie wird nur Eure Kraft schwächen.

Rüftet zu neuen Kämpfen, eingedenk der alten Lösung:

Durch Kampf zum Sieg!

Rudolph Lohr.

**Bundschau.**

Gewerkschaftliche Fortschritte. Zahlen über den Mitgliederstand im 1. Quartal liegen heute vor aus folgenden Organisationen: Fleischer 2579; Friseur 1568; Kürschner 1863; davon 222 weibliche; Tapezierer 7573. — Die „Brauereizeitung“ hat mit der Nr. 24 eine Auflage von 30 000 erreicht, das ist eine Steigerung von 5000 seit Februar. Die Auflage der „Textilarbeiterzeitung“ betrug mit der gleichen

Nummer 88 000, die der „Metallarbeiterzeitung“ 319 600. Gute Fortschritte im 1. Quartal hat auch der Verband der Bäcker zu verzeichnen; die Zahl der Neuaufnahmen betrug 3068 und die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge belief sich auf 101 366. Im 1. Quartal 1905 betrug demgegenüber die Zahl der Neuaufnahmen 2198 und die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge 92 818. Trotzdem also das vorhergehende Jahr ein äußerst gutes Resultat im 1. Quartal brachte, ist dies doch übertroffen worden durch die diesjährige Entwicklung.

**Quittung.**

Vom 11. bis 17. Juli gingen bei der Verbandskasse für die Ausständigen in Berlin, Leipzig und Stuttgart ein: Von Annaberger-Buchholz 30,05 Mk., Augsburg 20 Mk., Bonn 17,70 Mk., Chemnitz 26,47 Mk., Darmstadt 69,55 Mk., Dessau 21,90 Mk., Düsseldorf 39,60 Mk., Duisburg-Ruhrort 80,30 Mk., Eisenberg 44,35 Mk., Heilbronn 30 Mk., Jena 25,30 Mk., Kottbus 5,30 Mk., Kiel 31,10 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 60,40 Mk., Rathenow 5,85 Mk., Regensburg 27,55 Mk., Stettin 136,10 Mk., Straßburg 69,37 Mk., Stuttgart 563,50 Mk., Uebersehluß aus den Prozenten der Ortsverwaltung Berlin der Zentralkrankenkasse 2c. Klasse der Buchbinder 50 Mk., durch Kollege Huber in Grossingen 3 Mk., gesammelt durch die Kollegen E., J. und L. beim Sommerfest in Herrenhausen 4,50 Mk., gesammelt durch Kollege Grempler in Frauenfeld 21,60 Mk., Verband der Buchbinder in Kopenhagen 168,30 Mk. Zusammen 1951,79 Mk. Gesamtsumme dergesammelten Gelder 27074,34 Mk. E. Sauerisen.

**Abrechnungen**

des 2. Quartals gingen vom 1. bis 17. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Altona mit 200 Mk., Annaberger-Buchholz 316,91 Mk., Augsburg 120 Mk., Barmen 166,98 Mk., Bochum — Mk., Bonn 60 Mk., Braun-

schweig 270 Mk., Chemnitz 100 Mk., Darmstadt 154,16 Mk., Dessau 50 Mk., Dortmund 150 Mk., Dresden 1900 Mk., Düsseldorf 382,03 Mk., Duisburg-Ruhrort 64,38 Mk., Eisenberg 644,80 Mk., Falkenstein 40 Mk., Göttingen 220 Mk., Götting 142,62 Mk., Heilbronn 256,03 Mk., Hildesheim — Mk., Jena 52,61 Mk., Kiel 280 Mk., Königsberg 118,75 Mk., Konstanz 30 Mk., Kottbus 60 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 167,08 Mk., Meißen 14,87 Mk., Nürnberg 100 Mk., Offenbach 570 Mk., Rathenow 200 Mk., Regensburg 161,52 Mk., Schwenin 50 Mk., Straßburg 150 Mk., Tilsit 197,48 Mk., Weimar 53,85 Mk., Gau II 42,14 Mk. und vom Gau XIV mit — Mk. E. Sauerisen.

**Adressenänderungen.**

Gau XIII. Vertrauensmannf. Frankenthal: P. Eckhardt, Nürnbergerstr. 12.

**Vertliche Bevollmächtigte.**

Göttingen: J. Böhler, Ob. Freihoftstr. 29.  
Ruhrort: J. Kiefer, Fabrikstr. 15, Sts. II, bei Witwe Laafmann.

**Unterstützungsausgeber.**

Essen-Ruhr: Die Unterstützung wird nur abends von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ausbezahlt.  
Kaufbeuren: P. Wegst, Kirchplatz 333, von 6—7 und Sonntags von 12—1 Uhr.  
Konstanz: B. Geiger, Salmausweiberggasse 30, von 12—1 und 6—7, Sonntags von 8—10 Uhr. Versammlungstotal: Brauegger Hof, Schulstraße.  
Kottbus: Fr. Miering, Kottbus-Ströblich, Sachsendorferstraße 11, von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—3<sup>1</sup>/<sub>3</sub> und 7—8, Sonntags von 12—2 Uhr. Az. 9—10 Stb. Verkehrstotal: Mag. Mühl, Neustädter Tor 1.  
Weimar: Z. Tonndorfs Restaurant, Kl. Kirchgasse 9, von 6—7 Uhr. L.U. Ml. 18 Mk. H. Witwe Albrecht, Kl. Kirchgasse.

**Anzeigen.**

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeg. Nr. 11133.) Sitz Leipzig.

**Verwaltungsstelle Berlin.**  
Sonnabend, 21. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
**Ausserordentl. Hauptversammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 486] [10,20  
2. Kassen- und Kontrollbericht.  
3. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Quittungsbuch ist vorzuzeigen.

**Die Ortsverwaltung.**  
**Verwaltungsstelle Dresden.**  
Sonnabend, den 28. Juli 1906,  
abends 9 Uhr, im Restaurant „Zum  
Senefelder“, Raulbachstr. 16

**vierteljähr. Haupt-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Gesamtverwaltung.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen wünscht

**Die Ortsverwaltung.**  
**Verwaltungsstelle Hannover.**  
Sonnabend, den 28. Juli 1906,  
abends 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 9 Uhr im Kassenlokal

**vierteljähr. Haupt-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet

**Die Ortsverwaltung.**

**Verwaltungsstelle Nürnberg.**  
Montag, 23. Juli 1906, abends  
8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Restaurant „Wartburg“  
(Saal)

**Haupt-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht.  
2. Kassenbericht.  
3. Neuwahl der Gesamtverwaltung.  
4. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet

**Die Ortsverwaltung.**  
**Verwaltungsstelle Regensburg.**  
Samstag, den 21. Juli 1906, abends  
8 Uhr, findet in der Brauerei Hiltl  
sitzungsgemäße

**Jahres-Hauptversammlung**  
statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

**Die Ortsverwaltung.**  
**Verwaltungsstelle Stuttgart.**  
Freitag, den 27. Juli 1906, nach-  
mittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus

**Haupt-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Verschiedenes.

**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
**Zahlstelle Frankfurt a. M.**  
Am 10. Juli verstarb nach kurzem, schweren Leiden unser treues Mitglied 467] [1,40  
**Karl Schäfer**  
aus Sigmaringen im Alter von 24 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!  
**Der Vorstand.**

**Hamburg.**  
Dienstag, den 24. Juli 1906,  
bei Cütge, Valentinstamp  
**:: KONZERT ::**  
468] zum Besten der [1,20  
Ausgesperrten in Berlin, Leipzig, Stuttgart.  
Eintritt 30 Pf. Anfang 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 9 Uhr.  
Inserem lieben Kollegen **Emil Mof**  
zu seiner Abreise von Kaufbeuren  
469] nach Solothurn ein [1,40

**herzliches Lebewohl!**  
Die Kollegen der Zahlstelle Kaufbeuren.

**Musterbeutel-Kleberinnen,**  
gut eingearbeitet, außer dem  
470] Hause suchen [1,40  
**Bodlaender & Co., Berlin,**  
Hollmannstr. 16.

**Eine Buchbinderei,**  
16 Jahre bestehend, soll krankheitshalber  
billig verkauft werden. (Wortort Berlin.)  
Zu erfragen bei 471] [2,40  
**Eugen Wolinski,**  
Berlin, Schützenstr. 61.  
Spezialität: Hand- und Präßergoldung.

**Nach**  
wie  
**vor**  
**am schnellsten**  
erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von  
**O. Th. Winckler**  
Leipzig  
Seeburgstrasse 47,  
weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,  
**täglich**  
erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig **kostenfrei** zugesandt.

Auf **Lugustkartonnagen** und **Lagerkasten** eingelebte  
**Tischarbeiter**  
finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Offerten wolle man sofort Zeugnisabschriften und Lohnansprüche beifügen. 473] [2,40  
**Hohenzollernische Kartonnagenfabrik**  
**Hechingen in Hohenzollern.**

**Leihbibliothek,**  
ca. 3000 Bände, sehr gut erhalten, wegen Platzmangel **billig** zu verkaufen. Offerten unter O. S. an die Expedition der Niesenburger „Neue Presse“, Niesenburg. [474